

Actualités 3/2021

Die elektronische Zeitschrift der
Deutsch-Französischen Juristenvereinigung e.V.



■ Termine 2022

Frühjahrstreffen am
19.03.2022 in Frankfurt/Main

Liebe Mitglieder,
liebe Freunde der DFJ,

das Jahr 2021 geht zu Ende und steht weiterhin unter den Zeichen der Pandemie. Die DFJ bleibt nicht davon verschont und musste Jahrestreffen und Mitgliederversammlung vertagen. Dennoch ist der Austausch mit den Mitgliedern lebendig geblieben: Die *regards croisés* und das Berufsorientierungs-Webinar haben regen Zuspruch gefunden und uns jedes Mal eine spannende Diskussion beschert. Für Ihr Interesse an den vorgestellten Themen und Ihre aktive Mitwirkung danken wir Ihnen herzlich im Namen der Vorstände der DFJ und AJFA!

Diese „Weihnachtsedition“ der *Actualités* liefert weiteres Hintergrundwissen zu den jüngsten Veranstaltungen. Darüber hinaus widmet sie dem Deutsch-Französischen Masterstudiengang Köln/Paris 1 und seinen Fördervereinen mehrere Seiten, die dieses Studienprogramm nach mehr als 30 Jahren seines Bestehens mehr als verdient. Schließlich entführen wir Sie kurz in den Palais de Beauharnais anlässlich einer denkwürdigen Zeremonie.

Ihnen und Ihren Familien wünschen wir besinnliche Festtage und ein frohes und gesundes Neues Jahr 2022.

Ihre

Fabienne Kutscher-Puis

Chers membres,
chers amis de la DFJ,

Une nouvelle année s'achève et la pandémie se fait toujours autant présente. La DFJ n'aura pas été épargnée et a dû reporter sa rencontre annuelle et son assemblée générale. Néanmoins, les échanges avec les membres ne sont pas tus. Les *regards croisés* et le webinar d'orientation professionnelle ont réuni un auditorat nombreux et nous ont fait cadeau de discussions animées. Tous nos remerciements pour votre intérêt aux thèmes présentés et votre participation active à ces événements, au nom des Bureaux de l'AJFA et de la DFJ.

La présente « édition de Noël » des *Actualités* livre des informations de fond relatives aux derniers webinaires. Par ailleurs, elle accorde plusieurs pages au programme franco-allemand des universités de Cologne et de la Sorbonne et ses associations d'étudiants, pages hautement méritées par un programme lancé il y a plus de 30 ans. Enfin, nous vous enlevons pour un instant au Palais de Beauharnais à l'occasion d'une cérémonie mémorable.

Nous vous souhaitons, à vous et vos familles, de joyeuses fêtes de fin d'année, ainsi que bonheur et santé pour la nouvelle année 2022.

Bien à vous,

Fabienne Kutscher-Puis

■ Inhaltsverzeichnis

Die Vereinigung aktiv	4
Nachlese zum DFJ-Webinar vom 2. Dezember 2021	4
Zukunftslust oder Zukunftsfrust?	
von Swenja Heise, Düsseldorf, Anna Hoberg, Mainz, und Marion Schmidt, Mainz	
Einzigartige internationale Karriereaussichten im Herzen Europas gesucht?	8
von Carsten Opitz, Luxemburg	
Verleihung der Insignien eines „Chevalier des Arts et des Lettres“ an Dr. Florian Drücke	10
Praxiswissen.....	10
Dessins et modèles : l’introduction de clauses de réparation en droit français et allemand,	10
impulsions pour une harmonisation européenne à venir ?	
von Veruschka Möller, Paris	
Wie Praktiker und Gerichte das UN-Kaufrecht in Deutschland und Frankreich anwenden	11
von Dr. Fabienne Kutscher-Puis, Düsseldorf, und Nicola Kömpf, Paris	
Aus den Hochschulen	25
Der Deutsch-Französische Masterstudiengang Paris 1/Köln.....	25
von Paul Oerter und Alexandra Bruls, Köln/Paris	
Der DFM feiert sein 30-jähriges Bestehen	30
von Felix Jansen, Köln	
Le DFM Alumni e.V.	32
von Catherine Stary, Paris	
Aus der Anwaltschaft	34
Verleihung des Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland an die	34
Rechtsanwälte Karl Beltz und Christian Roth, Paris	
Im Gespräch	44
Christian Roth, Avocat aux Barreaux de Paris et de Bruxelles, Paris.....	44
Recht verständlich	45
Ein SPAC kam nach Europa – eine kurze Beschreibung.....	45
von Alexander Olligs, Luxemburg	
Lesenswertes	49
Literaturhinweise BIJUS :	49
Neue Perspektiven.....	52
Stellenanzeige Matray, Matray & Hallet:	52
<i>Rechtsanwältin / Rechtsanwalt</i>	

Impressum

Deutsch-Französische Juristenvereinigung e.V.

Präsident:

Prof. Dr. Marc-Philippe Weller

Vizepräsident:

Dr. Heiner Baab

Generalsekretär:

Dr. Arno Maier-Bridou

Schatzmeister:

Dr. Christoph Hirschmann

Redaktion:

Dr. Fabienne Kutscher-Puis (V.i.S.d.P.)

fkp@kutscher-puis.com

Dr. Konstanze Brieskorn

k.brieskorn@hwh-avocats.com

DFJ-Sekretariat:

Jutta Leither

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Fachbereich 03

D-55099 Mainz

Telefon: +49 6131 39-22412

E-Mail: jleith@uni-mainz.de

Vereinsregister Mannheim VR 100197

Internet

www.dfj.org

■ Die Vereinigung aktiv

*Die Webinar-Reihe der DFJ/AJFA setzte sich auch im Herbst 2021 fort. Am 21. November 2021 fand die dritte Ausgabe der **Regards croisés** mit einem Webinar über die Praxis des UN-Kaufrechts in Frankreich und Deutschland statt. Die Erkenntnisse der Referierenden finden Sie in dieser Ausgabe unter „Praxiswissen“.*

Um den Austausch mit jungen Juristen und Juristinnen während der Pandemie aufrechtzuerhalten, hat die DFJ ein Webinar speziell für junge Juristen und Juristinnen ins Leben gerufen, das aufgrund des Erfolgs der ersten Edition die Pandemie überdauern könnte. Es referierten Herr Rechtsanwalt/Avocat Dr. Arno Maier-Bridou, LL.M., Frau Dr. Andrea Schulz, LL.M., Verbindungsbeamtin des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz im französischen Justizministerium, Frau Avocate Marie-Avril Roux Steinkühler, LL.M., Herr Notar Dr. Thomas Raff und Herr Rechtsanwalt Carsten Opitz.

Drei Teilnehmerinnen haben ihre Eindrücke zu Papier gebracht. Auch für „ältere Semester“ eine sehr interessante Lektüre! Im Anschluss an diesen Beitrag gibt Herr Rechtsanwalt Carsten Opitz, Luxemburg, einen Einblick in den Luxemburger Arbeitsmarkt.

Zukunftslust oder Zukunftsfrust?

Studentische Eindrücke zum DFJ-Webinar: „Welche Berufsaussichten für deutsch-französische Juristinnen und Juristen?“

von Swenja Heise, Düsseldorf, Anna Hoberg, Mainz, und Marion Schmidt, Mainz

Im Laufe des Studiums stellt sich Studierenden häufig die Frage: „Welche Berufsaussichten habe ich?“ oder „Welchen Beruf würde ich gerne ausüben?“. Diese und viele weitere Fragen konnten dank der DFJ in den vergangenen Jahren, beispielsweise im Rahmen der Vorkurse der Jahrestagung, gestellt und beantwortet werden. Die durch den pandemiebedingten Ausfall des Seminars entstandene Lücke wurde in diesem Jahr durch ein gewinnbringendes und informatives Webinar gefüllt, welches bei circa 70 Teilnehmenden auf reges Interesse stieß.

In diesem Artikel möchten wir aus studentischer Sicht die Inhalte des Webinars zusammenfassen sowie unsere persönlichen Eindrücke wiedergeben.

Zu Beginn des Webinars vermittelte uns Frau Dr. Andrea Schulz ein facettenreiches Bild über die vielfältigen Tätigkeiten als deutsche Verbindungsbeamtin in Frankreich im *ministère de la Justice*. Diese

lassen sich in drei große Bereiche unterteilen: Die Arbeit an grenzüberschreitenden Fällen, das Verfassen von Berichten über das französische Recht für das Bundesjustizministerium sowie das Networking. Für die Findung der eigenen Berufsperspektiven war es besonders hilfreich, dass Frau Dr. Andrea Schulz ihren spannenden Werdegang, der sie unter anderem zwischenzeitlich zur Haager Konferenz führte, mit uns teilte.

Anschließend berichtete Herr Dr. Arno Maier-Bridou über die Tätigkeit als deutsch-französischer Rechtsanwalt in Deutschland. Er gab einen Überblick über die Berufschancen als deutsch-französischer Rechtsanwalt sowie bezüglich der Vor- und Nachteile, die das Anwaltsleben mit sich bringt. Außerdem verglich er die Tätigkeiten im Richteramt, in der Staatsanwaltschaft, in der Verwaltung sowie in Unternehmen hinsichtlich relevanter Kriterien wie zum Beispiel Aufstiegschancen, Arbeitsplatzsicherheit und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Weitere interessante Aspekte des Anwaltsberufs vermittelte uns anschließend Frau Avocate Marie-Avril Roux Steinkühler. Sie erzählte von ihrem Werdegang, der sie als ursprünglich in Frankreich arbeitende Anwältin nach Berlin geführt hat und gab uns hilfreiche Tipps, wie man seine Tätigkeiten auch in einem anderen Land fortführen kann. Dabei ging sie sowohl auf die Herausforderungen als auch auf die Vorteile ein, die durch die Arbeit im jeweiligen Partnerland entstehen.

Der vierte Bericht wurde von Herrn Notar Dr. Thomas Raff mit einem historischen Exkurs zur erstmalig von Napoleon vorgesehenen Einrichtung von Notarkammern in den linksrheinischen Gebieten eingeleitet. Dr. Thomas Raff stellte sehr anschaulich die allgemeinen Anforderungen an Interessenten des Notarberufs dar und hob anschließend die grenzüberschreitenden Tätigkeiten hervor, die für Notare und Notarinnen in grenznahen Regionen zum Arbeitsalltag dazugehören.

Der letzte Vortrag wurde von Herrn Carsten Opitz gehalten und rundete die Übersicht über die verschiedenen Berufsperspektiven gelungen ab. Er veranschaulichte, dass Luxemburg nicht nur in geografischer Hinsicht, sondern auch in kultureller, sprachlicher und rechtlicher Hinsicht zwischen Deutschland und Frankreich liegt und somit für deutsch-französische Juristen und Juristinnen in jeglicher Hinsicht sehr gute Perspektiven bietet.

Im Anschluss an diese informative Vortragsreihe blieb noch genügend Zeit, um die zahlreichen Fragen der Teilnehmenden zu beantworten. Anhand der gestellten Fragen wurde deutlich, dass eine internationale Tätigkeit für Studierende aus allen Semestern erstrebenswert ist: Sowohl Fragen zur Herstellung des Frankreichbezugs

im Studium als auch Fragen bezüglich der konkreten inhaltlichen Ausgestaltung des Arbeitsalltags als deutsch-französische Juristen und Juristinnen wurden gestellt und von den Referierenden ausführlich beantwortet.

Insbesondere um die Frage, ob ein Berufseinstieg als deutscher Anwalt in Frankreich möglich ist, entstand eine lebhafte Debatte, aus der eine umfassende Antwort hervorging: Es wurde einerseits durch die Referierenden herausgearbeitet, dass es einfacher sei, das Recht des Landes auszuüben, in dem man sich befinde. Andererseits sei es ratsam, sich auf ein „Hauptrecht“ festzulegen, das man praktiziert. Es wurde allerdings auch deutlich, dass es nicht unbedingt erforderlich ist, einen deutsch-französischen Studiengang zu wählen, um als Jurist und Juristin in Frankreich oder Deutschland Fuß zu fassen. Jedoch erleichtere es den Einstieg. Dennoch gelte: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Die verschiedenen Lebensläufe der Referierenden haben Mut zum Quereinstieg gemacht und gezeigt, dass ein Karriereweg nicht immer geradlinig, sondern auch über Umwege zum Erfolg führen kann. Dieser lebendige Austausch zwischen den Generationen ist ein gutes Beispiel dafür, dass die Nachwuchsförderung innerhalb der DFJ einen hohen Stellenwert genießt.

Neben dem Bedürfnis, einen abwechslungsreichen und spannenden Arbeitsplatz zu finden, hat für uns junge Juristen und Juristinnen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen immer größeren Stellenwert. Alle Referierenden haben während des Vortrags eine Einschätzung gegeben, inwiefern sich der jeweilige Arbeitsbereich in dieser Hinsicht eignet. So habe sich insbesondere im Anwaltsberuf viel geändert, es gebe Teilzeitmodelle, die die nötige Flexibilität für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf böten. Die Tätigkeit als Notar und Notarin ließe sich ebenfalls gut mit einer Familie vereinbaren, es werden explizit Frauen gesucht, die den Beruf ausüben möchten.

Indem in den Vorträgen auf dieses Thema Bezug genommen wurde, wurde deutlich, wie umsichtig die Referierenden ihre Wortbeiträge gestaltet und den Fokus auf die Kernfragen gelegt haben, die junge Juristen und Juristinnen beschäftigen.

Dies zeigte auch der Ansatz der Veranstaltung, den Teilnehmenden ein möglichst umfassendes Bild der juristischen Berufe aufzuzeigen, auch wenn mehrheitlich Anwälte und Anwältinnen die Vorträge hielten. Die kurze und prägnante Vorstellung von Berufsgruppen, zu denen keiner der Referierenden aus persönlichen Erfahrungen berichten konnte, bot eine hervorragende Möglichkeit, um im direkten Vergleich seine individuellen Stärken, Schwächen und Erwartungen mit den dargestellten Berufen abzugleichen und einzuordnen.

Besonders hervorzuheben ist zuletzt, dass die Veranstaltung sich explizit an junge Juristen und Juristinnen richtete, um ein Stück weit

das Vorseminar zur Tagung der DFJ zu ersetzen, das pandemiebedingt das zweite Jahr in Folge nicht stattfinden konnte. In einer Zeit, in der in vielen Branchen Unsicherheiten über Auftragslagen herrschen und so mancher Studierende sich insgeheim fragen mag, ob durch den Studienabschluss eine gute Lebensgrundlage geschaffen werden kann, macht es Mut, wenn eine Tätigkeit im deutsch-französischen Recht als „interessante, lukrative Nische“ (Dr. Arno Maier-Bridou) beschrieben wird.

Aus diesem Grund ist für uns das Fazit klar: Bei guten bis sehr guten Berufsaussichten und einer bereichernden Tätigkeit in verschiedensten Berufsgruppen verspüren wir „Zukunftslust“ anstatt „Zukunftsfrust“! Uns wurde klar, dass die Wahl, als deutsch-französische Juristen zu arbeiten, eine Lebensentscheidung ist, die gut durchdacht und vorbereitet werden muss. Dabei kann ein Auslandsaufenthalt im jeweils anderen Land unheimlich hilfreich sein: Wenn man Sprache, Kultur, Land und Leute kennenlernt, wächst die Lust, in Kontakt zu bleiben - was für eine erfolgreiche deutsch-französische Laufbahn essentiell ist.

Schließlich möchten wir uns dafür aussprechen, dieses Format auch unabhängig von der Pandemie in größeren, aber regelmäßigen Abständen mit wechselnden Referierenden durchzuführen, um die Zukunftslust bei jungen deutschen, französischen oder deutsch-französischen Juristen und Juristinnen zu wecken und zu erhalten.



Swenja Heise ist Studentin der Rechtswissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und hat im Jahr 2020 im Rahmen des Deutsch-Französischen Studienkurses den Abschluss „Master 2 mention droit de l’entreprise“ erlangt sowie die Schwerpunktbereichsprüfung abgelegt. Den staatlichen Teil des 1. Juristischen Examens wird sie im nächsten Jahr abschließen.



Anna Hoberg, LL.M., ist Studentin der Rechtswissenschaften an der Johannes-Gutenberg Universität in Mainz. Sie hat im Rahmen des integrierten Auslandsstudiums in Dijon die „Maîtrise en droit“ erlangt. Frau Hoberg ist Studentische Hilfskraft am Max Planck Institut für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie in Frankfurt.



Marion Schmidt ist Rechtsreferendarin am Oberlandesgericht Frankfurt am Main, Außenstelle Darmstadt. Sie hat im Rahmen des integrierten Bachelorstudiengangs des internationalen und europäischen Rechts an der Johannes-Gutenberg Universität Mainz das Erste Staatsexamen abgelegt und während des integrierten Auslandsstudiums in Dijon die „Maîtrise en droit“ erlangt.

Einzigartige internationale Karriereaussichten im Herzen Europas gesucht?

von Carsten Opitz, Luxemburg

Du stehst gerade vor der Entscheidung, wo die Reise nach dem Jura-studium hingehen soll?

Dann lohnt sich ein Blick nach Luxemburg. Dass das Land nicht nur ein kleiner Fleck auf der europäischen Landkarte ist, dürfte längst auch über die Grenzen des Großherzogtums hinaus kein Geheimnis mehr sein. Gerade für Juristen mit deutsch-französischem Hintergrund lohnt es sich, den Arbeitsmarkt einmal genauer unter die Lupe zu nehmen.

Der luxemburgische Arbeitsmarkt im Über- blick

Einer Studie des hiesigen Bildungsministeriums aus dem Jahr 2018 zufolge sprechen 98% der luxemburgischen Bevölkerung Französisch, 80% Englisch und 78% Deutsch. Luxemburgisch wird von 77% der Landesbevölkerung gesprochen. Dies spiegelt sich in ähnlicher Weise auch auf dem Arbeitsmarkt wider. Die Tatsache, dass der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften nicht durch die hiesige Bevölkerung gedeckt werden kann, macht Luxemburg zu einem höchst attraktiven Einwanderungsland. 70% der Beschäftigten sind entweder zugezogen oder als in Frankreich, Belgien oder Deutschland lebende Grenzgänger tätig. Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird Studierenden schon frühzeitig während der Ausbildung leichtgemacht. Betriebe und Institutionen sind im engen Kontakt mit Universitäten europaweit, zahlreiche Praktika, Nebentätigkeiten oder Positionen für Berufseinsteiger werden jungen Talenten geboten, welche auf der Suche nach einem KarriereEinstieg in einem internationalen Umfeld sind.

Sitz der Europäischen Union

Mehrere europäische Institutionen haben ihren Sitz in Luxemburg, der Europäische Gerichtshof, der Rechnungshof, die Europäische Investitionsbank und der Europäische Investitionsfond. Die Institutionen bieten ausgezeichnete Perspektiven für Juristen.

Der Privatsektor

Während einst die Kohleindustrie das Land maßgeblich prägte, bieten das multikulturelle Umfeld sowie die soziale, politische und wirtschaftliche Stabilität Luxemburgs heute ideale Voraussetzungen für die Ansiedlung international agierender Konzerne unterschiedlicher Branchen.

Im Bestreben der Politik, auch langfristig eine wirtschaftliche Diversifizierung sicherzustellen, wurde in den letzten Jahrzehnten die Ansiedlung und Entwicklung von Unternehmen aus Sektoren wie Kommunikations- und Informationstechnologien, der Satellitenkommunikation, Logistik, E-Commerce und Biotechnologien gefördert.

Der Finanzplatz

Seine Stabilität und Dynamik machen Luxemburg zu einem idealen europäischen Zentrum für globale Finanzinstitute. Durch die Öffnung der Märkte für den internationalen Fondsvertrieb wird Investoren ein einzigartiges und diversifiziertes Spektrum an Finanzdienstleistungen geboten, welches den Zugang zu Märkten auf der ganzen Welt ermöglicht. Ortsansässige Investmentfonds werden in zahlreichen Ländern vertrieben, wobei der Schwerpunkt auf Europa, Asien, Lateinamerika und dem Nahen Osten liegt.

Zweifelsohne ist Luxemburg zentraler Standort für namhafte internationale Banken und Finanzinstitute. Aktivitäten wie Private und Corporate Banking, Fondsmanagement, Vermögensverwaltung und andere Finanzdienstleistungen werden dem Anleger geboten. Nicht zuletzt seit dem Brexit finden vermehrt Versicherungen sowie Rückversicherer ihren Weg ins Großherzogtum. Das Angebot wird abgerundet durch die Verfügbarkeit zahlreicher Dienstleister und Finanzspezialisten am Markt. Hierzu zählen FinTechs, Wirtschaftsprüfer und IT-Spezialisten sowie Drittanbieter wie Verwaltungsgesellschaften.

Der Rechtsanwaltsmarkt

An der Rechtsanwaltskammer in Luxemburg sind heute über 3.000 Anwälte zugelassen. Der Anteil der in der „Liste 4“ („Rechtsanwalt unter seiner ursprünglichen Berufsbezeichnung“) eingetragenen Berufsträger liegt bei ca. 16%. Ein bereits in Deutschland oder Frankreich zugelassener Rechtsanwalt kann auf diesem Weg auch in Luxemburg tätig werden. Viele der in Luxemburg tätigen Rechtsanwälte haben eine doppelte Zulassung in Luxemburg und in ihrem Heimatland. Daneben besteht für deutsche oder französische Studierende auch die Möglichkeit, ihre Ausbildung in Luxemburg mit einem Aufbaukurs (*cours complémentaire*) im luxemburgischen Recht und einer anschließenden Tätigkeit in einer Rechtsanwaltskanzlei in Luxemburg abzuschließen.

Die Arbeit in luxemburgischen Rechtsanwaltskanzleien ist in der Regel sehr international. Zusätzlich zu den unabhängigen luxemburgischen Kanzleien haben sich in den letzten Jahren auch viele internationale Rechtsanwaltskanzleien mit eigenen Büros in Luxemburg niedergelassen. Neben dem lokalen Markt stammt eine Vielzahl der Mandanten aus anderen europäischen und außereuropäischen Ländern. Diese Internationalität spiegelt sich auch bei der Zusammensetzung der Anwaltschaft wider. So sind z.B. bei unserer Kanzlei Arendt & Medernach Mitarbeiter aus 38 Nationen vertreten.

Der öffentliche Sektor

Auch im öffentlichen Bereich werden zahlreiche Stellen neu geschaffen. Hier ist die Bankenaufsichtsbehörde (CSSF/ *Commission de Surveillance du Secteur Financier*) einer der größten Arbeitgeber. Die stetig zunehmenden regulatorischen Anforderungen lassen gerade in

den letzten Jahren den Bedarf an Rechtsanwälten und Juristen am Markt wachsen.



Carsten Opitz, Avocat à la Cour (Luxembourg) und Rechtsanwalt (Rechtsanwaltskammer Düsseldorf) ist Partner der luxemburgischen Rechtsanwaltskanzlei Arendt & Medernach SA. Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind Private Equity & Real Estate, Corporate Law, Mergers & Acquisitions. Sein rechtswissenschaftliches Studium absolvierte er an den Universitäten Konstanz und Humboldt-Universität zu Berlin sowie an der Université Panthéon Assas, Paris II mit der „Maîtrise en droit“.

Verleihung der Insignien eines *Chevalier des Arts et des Lettres* an Dr. Florian Drücke

Der deutsche Ko-Präsident des Deutsch-Französischen Kulturrates (DFKR), Dr. Florian Drücke, hat am 14. November 2021 die Insignien eines *Chevalier des Arts et des Lettres* aus den Händen der französischen Botschafterin in Deutschland, Anne-Marie Descôtes, im Montpellier-Haus in Heidelberg erhalten. Mit dieser Auszeichnung des französischen Kulturministeriums dankt die Republik Frankreich Personen, die sich durch ihr Engagement im künstlerischen oder literarischen Bereich ausgezeichnet und dazu beigetragen haben, dass Kunst und Kultur in Frankreich und weltweit zu größerer Anerkennung gelangt.

Neben seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Ko-Präsident des DFKR ist Dr. Florian Drücke Vorstandsvorsitzender und Geschäftsführer des Bundesverbandes Musikindustrie e.V. Herr Dr. Florian Drücke ist langjähriges Mitglied unserer Vereinigung und wurde 2020 bereits mit dem Deutsch-Französischen Preis der Kultur- und Kreativwirtschaft geehrt, worüber wir in den *Actualités* 1/2020 berichteten.

■ Praxiswissen

Dessins et modèles : L'introduction de clauses de réparation en droit français et allemand, impulsions pour une harmonisation européenne à venir ?

par Veruschka Möller, Paris

Le droit des dessins et modèles protège, en conférant un monopole d'exploitation, l'apparence d'un produit industriel ou artisanal, ou d'une partie de celui-ci, à savoir notamment ses lignes, contours, couleurs, formes ou textures. La protection suppose que le dessin ou modèle soit nouveau et qu'il présente un caractère propre ou individuel,

Coexistence d'une protection unitaire européenne et de titres nationaux et harmonisation inachevée des régimes de protection des pièces de réparation

et est en revanche exclue si les caractéristiques de l'apparence du produit sont exclusivement imposées par sa fonction technique.

En Europe, il existe différentes formes de protection des dessins et modèles :

- au titre de dessin et modèle communautaire, enregistré ou non, produisant, à travers un titre unitaire, ses effets sur l'ensemble du territoire de l'Union Européenne (Règlement (CE) n° 6/2002)¹ et
- au titre de dessins et modèles nationaux, enregistrés dans un ou plusieurs États membres séparément².

Les droits nationaux sont en grande partie harmonisés par la directive 98/71/CE du 13 octobre 1998 sur la protection juridique des dessins ou modèles³.

Aussi bien sur le fondement du Règlement 6/2002 que sur le fondement de la Directive 98/71/CE, l'apparence d'une pièce incorporée dans un produit complexe est protégeable si la pièce, une fois incorporée, « *reste visible lors d'une utilisation normale du produit* » et que les « *caractéristiques visibles de la pièce remplissent en tant que telles les conditions de nouveauté et de caractère individuel* » (art. 4 al. 2 a et b) du Règlement 6/2002 ; art. 3 al. 3 a et b) de la Directive 98/71/CE).

En revanche, la question du monopole d'exploitation pour ces mêmes pièces lorsqu'elles servent à réparer le produit complexe pour lui donner son apparence initiale, fait débat depuis plus de vingt ans. Les appels à la libéralisation de ce marché dit « de seconde monte », s'agissant en premier lieu du secteur de la réparation automobile, se sont fait entendre de plus en plus fort, et ce dans l'optique d'ouvrir le marché à la concurrence et ainsi, essentiellement d'aboutir à une baisse des prix pour le consommateur.⁴

Pour le dessin ou modèle communautaire, il a été introduit une exception à la protection au titre de dessin ou modèle à l'article 110 du Règlement 6/2002, en l'attente d'une proposition de réforme de la

¹ Règlement (CE) n° 6/2002 du Conseil du 12 décembre 2001 sur les dessins ou modèles communautaires (JOCE L 3 du 5.1.2002, p.1).

² Pour l'Allemagne : Gesetz über den rechtlichen Schutz von Design (Designgesetz –DesignG) vom 24. Februar 2014 (BGBl. I S. 122) ; pour la France : art. L. 511-1 à 522-2 et R. 511-1 à 523-1 du Code de la propriété intellectuelle.

³ Directive 98/71/CE du Parlement Européen et du Conseil du 13 octobre 1998 sur la protection juridique des dessins ou modèles (JO L 289 du 28.10.1998, p. 28).

⁴ Autorité de la concurrence (France), Comment dynamiser la concurrence dans le secteur de l'après-vente automobile ? Document de consultation publique sur le fonctionnement de la concurrence dans les secteurs de l'entretien et la réparation automobile et de la fabrication de pièces détachées pour véhicules (instruction de la décision n° 11-SOA-01 du 30 juin 2011).

Commission censée viser également une harmonisation de la question des clauses dites « de réparation » dans les droits nationaux à travers la directive d'harmonisation 98/71/CE⁵.

Une proposition de la Commission de 2004, visant à introduire une clause de réparation pour l'utilisation de pièces visibles permettant la réparation d'un produit complexe, a été retirée en 2014⁶, faute d'accord trouvé au sein du Conseil européen. Parmi les opposants à une libéralisation du marché des pièces de rechange figuraient notamment la France et l'Allemagne, les deux pays étant dotés d'une industrie automobile importante et les constructeurs militant pour une protection forte de leurs investissements en termes de design.

Dès lors, il subsiste la solution de compromis, voulue transitoire, de l'article 14 de la directive 98/71/CE, clause dite « freeze plus ». Elle oblige les États membres à maintenir en vigueur leurs dispositions juridiques relatives à l'utilisation d'un dessin ou modèle d'une pièce utilisée dans le but de permettre la réparation d'un produit complexe en vue de lui rendre son apparence initiale, et à n'introduire des modifications de ses dispositions « *que si l'objectif est de libéraliser le marché de ces pièces* ». ⁷

Une clause de réparation existait déjà dans un certain nombre de pays, dont l'Italie, l'Espagne, le Royaume-Uni, les Pays-Bas, le Luxembourg et la Pologne. L'Allemagne avait, à l'occasion de la réforme du droit des dessins et modèles aux fins de transposer, par la loi du 12 mars 2004⁸, en son droit national les dispositions de la directive 98/71/CE, renoncé à introduire une clause de réparation. Elle s'était contentée d'une déclaration des constructeurs selon laquelle ils ne porteraient « *pas atteinte à la concurrence libre sur le marché des pièces détachées* », donc qu'ils renonceraient dans les faits à se prévaloir de leur monopole d'exploitation à l'égard des acteurs indépendants sur le marché de la réparation automobile⁹. En France, les

⁵ Art. 110 du Règlement (CE) 6/2002 : 1. Jusqu'à la date d'entrée en vigueur des modifications apportées au présent règlement, sur proposition de la Commission à ce sujet, une protection au titre de dessin ou modèle communautaire n'existe pas à l'égard d'un dessin ou modèle qui constitue une pièce d'un produit complexe qui est utilisée au sens de l'article 19, paragraphe 1, dans le but de permettre la réparation de ce produit complexe en vue de lui rendre son apparence initiale. 2. La proposition de la Commission, visée au paragraphe 1, sera présentée en même temps que les changements que la Commission soumettra sur le même sujet conformément à l'article 18 de la directive 98/71/CE et tiendra compte de ces changements. »

⁶ Proposition de Directive du Parlement européen et du Conseil modifiant la directive 98/71/CE sur la protection juridique des dessins ou modèles (2004/0203/COD) ; Communication de la Commission sur son retrait, 2014/C153/03, JO de l'Union Européenne du 21 mai 2014.

⁷ Art. 14 – disposition transitoire, Directive 98/71/CE.

⁸ Gesetz zur Reform des Geschmacksmusterrechts, 12 mars 2004 (BGBl. I 2004 S. 390).

⁹ Beschlussempfehlung und Bericht vom 10. Dezember 2003 des Rechtsausschusses zu dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung (Geschmacksmusterreformgesetz) (BT-Drs. 15/2191).

pièces visibles destinées à la réparation d'un produit complexe restaient protégeables par un dessin ou modèle national, outre une protection au titre du droit d'auteur.

La libéralisation du marché des pièces de rechange automobiles et l'harmonisation des législations nationales restant un objectif des autorités communautaires, les législateurs français et allemands ont fini par devancer la réforme à venir. Ils viennent finalement d'introduire des clauses de réparation dans leurs droits nationaux, clauses qui divergent pourtant sensiblement sur l'étendue de la libéralisation des pièces de rechange.

**La solution allemande :
Reparaturklausel du § 40a
Designgesetz¹⁰, introduite
par l'article 5 de la Loi
pour le renforcement
d'une concurrence loyale
du 26 novembre 2020¹¹**

Au titre de la clause de réparation telle qu'adoptée par le législateur allemand, une protection au titre de dessin ou modèle allemand n'existe pas s'agissant d'une pièce d'un produit complexe qui est utilisée « *aux seules fins de permettre la réparation de ce produit complexe, en vue de lui rendre son apparence initiale* ». Cette exception au monopole du titulaire du dessin et modèle ne vaut qu'à la condition « *que les consommateurs soient correctement informés de l'origine de la pièce utilisée à des fins de réparation, au moyen d'un étiquetage ou sous toute autre forme appropriée, de sorte qu'ils soient en mesure de choisir entre les articles concurrents utilisés à des fins de réparation* ».

La clause de réparation du nouveau § 40a ne s'appliquera qu'à l'égard de dessins et modèles qui auront été déposés à partir du 2 décembre 2020, date d'entrée en vigueur de la réforme (§ 73 al. 2 *Designgesetz*).

Le législateur a ainsi arbitré en faveur d'une protection large des droits acquis, la durée de protection maximale au titre d'un dessin ou modèle allemand restant de 25 ans (§ 27 al. 2 *Designgesetz*).

C'est l'absence de rétroactivité ou de réduction de la durée de protection qui a été principalement critiquée outre-Rhin par les représentants des équipementiers indépendants. La libéralisation du marché des pièces de rechange automobiles ne bénéficierait ainsi pas aux propriétaires de véhicules plus anciens, ce qui serait discriminant et ferait peser une insécurité juridique et une charge administrative et financière trop importante sur les entreprises, majoritairement des PME, intervenant sur le marché de la pièce de rechange et de l'après-vente automobile.¹²

¹⁰ Loi sur les dessins et modèles du 12 mars 2004 (cf. note 8).

¹¹ Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs vom 26. November 2020 (BGBl. I. 2020 Nr. 56).

¹² Presse-Information des Gesamtverbands Autoteile-Handel (GVA) – Communiqué de presse de la Fédération du commerce des pièces détachées automobiles du 14 juillet 2020 (« *Designgesetz : Reparaturklausel kommt – GVA kritisiert Bestandsschutz scharf* »), www.gva.de.

La solution française : La clause de réparation des articles L. 513-6 4° et L. 513-1 al. 3 du Code de la propriété intellectuelle, introduite par l'article 32 II de la Loi du 22 août 2021 portant lutte contre le dérèglement climatique et renforcement de la résilience face à ses effets¹³

Après deux premières tentatives d'insertion d'une clause de réparation par la Loi d'Orientation des Mobilités en 2019, puis dans la Loi d'accélération et de simplification de l'action publique (ASAP) de 2020, censurées pour cause de 'cavalier législatif' à deux reprises par le Conseil Constitutionnel¹⁴, c'est finalement par la Loi Climat du 22 août 2021 que la clause de réparation aura fini de trouver sa place, pour s'insérer dans les dispositions du Code de propriété intellectuelle applicables à compter du 1^{er} janvier 2023.

Le législateur français a opté pour une libéralisation sectorielle et progressive du marché des pièces détachées (uniquement) automobiles au regard du droit des dessins et modèles.

Il a également inséré, à l'article L. 122-5 12° CPI, une exception explicite à la protection cumulative, admise en droit français en vertu du principe de l'unité de l'art, du droit d'auteur, afin que les effets de la libéralisation du marché de la réparation ne puissent pas être tenus en échec par les constructeurs qui invoqueraient la protection au titre du droit d'auteur.

L'article L. 513-6 CPI stipule à cet égard que « *les droits conférés par l'enregistrement d'un dessin ou modèle ne s'exercent pas à l'égard : (...) 4° d'actes visant à rendre leur apparence initiale à un véhicule à moteur ou à une remorque, au sens de l'article L. 110-1 du code de la route, et qui :*

- a) portent sur des pièces relatives au vitrage ;*
- b) ou sont réalisés par l'équipementier ayant fabriqué la pièce d'origine. »*

L'article L. 513-1 alinéa 3 CPI ramène la durée maximale de protection de l'enregistrement d'un dessin et modèle français à dix ans (au lieu de 25), pour les pièces de rechange susmentionnées, « *pour lesquelles le même 4° ne prévoit pas d'exception à l'exercice des droits conférés par l'enregistrement d'un dessin et modèle* ».

La rédaction de ces dispositions est complexe. En résumé, il peut en être retenu que la libéralisation des pièces détachées automobiles visibles aux fins de réparation sera ouverte selon les conditions et modalités suivantes :

¹³ Loi n° 2021-1104 du 22 août 2021 portant lutte contre le dérèglement climatique et renforcement de la résilience face à ses effets, JORF n° 0196 du 24 août 2021.

¹⁴ Art. 110 de la Loi n° 2019-1428 d'Orientation des Mobilités (LOM) ; Conseil Constitutionnel, Décision 2019-794 DC du 20 décembre 2019 (« ces dispositions ne présentent pas de lien, même indirect, avec » (...) « le texte déposé ou transmis ») ; art. 136 de la Loi n° 2020-1525 du 7 décembre 2020 d'accélération et de simplification de l'action publique (ASAP) ; Conseil Constitutionnel, Décision 2020-807 DC du 3 décembre 2020).

- les pièces de vitrage pourront être commercialisées par l'ensemble des équipementiers, de première monte (ayant fabriqué le vitrage pour les véhicules neufs) ou indépendants, et ce dès le 1^{er} janvier 2023 ;
- pour les autres pièces (carrosserie, rétroviseurs, feux etc.), seuls les équipementiers ayant fabriqué la pièce d'origine auront également la possibilité de commercialiser ces pièces pour le marché de la réparation, à côté des constructeurs, qu'ils pourront donc concurrencer, légalement, du moins en théorie, dès le 1^{er} janvier 2023 également ;
- tous les équipementiers pourront produire et commercialiser ces pièces, autres que le vitrage, à l'issue d'une période de protection réduite de 10 ans à compter du dépôt du dessin ou modèle enregistré.

La loi ne prévoit pas d'effet rétroactif, de sorte que la durée de protection réduite pour les pièces utilisées à des fins de réparation du véhicule, ne concerne que les modèles déposés à compter du 1^{er} janvier 2023.

L'Autorité de la Concurrence, qui, dans son avis n° 12-A-21 du 8 octobre 2012, avait recommandé de lever, « *de façon progressive et maîtrisée* »¹⁵, le monopole détenu de fait par les constructeurs sur les pièces détachées visibles (en commençant notamment par les pièces de vitrage qui représentaient à elles seules environ 30 % du marché français des pièces de rechange automobiles), a déclaré se réjouir de l'adoption de la réforme qui constituerait « *une avancée en faveur des consommateurs et du dynamisme de la filière automobile* »¹⁶.

La réforme a en revanche aussi été critiquée sur plusieurs points, dont sur le fait qu'elle soit limitée au seul secteur automobile (alors que la loi allemande parle de « produit complexe » sans autre spécification), que sa rédaction s'avère trop complexe ou que, la réforme étant discutée depuis de nombreuses années, une libéralisation progressive par catégorie de produit et équipementier ne semble plus nécessaire, tout comme le report de son entrée en vigueur au 1^{er} janvier 2023.

Plan d'action des instances communautaires en vue d'une solution harmonisée

Les différences dans les solutions retenues par les législations française et allemande laissent subsister des difficultés pratiques, et par-

¹⁵ www.autoritedelaconcurrence.fr: avis n° 12-A-21 du 8 octobre 2012 relatif au fonctionnement concurrentiel des secteurs de la réparation et de l'entretien de véhicules et de la fabrication et de la distribution de pièces de rechange (synthèse p. 6-7), communiqué de presse du 8 octobre 2012.

¹⁶ Communiqué de presse de l'Autorité de la Concurrence du 25 août 2021 (www.autoritedelaconcurrence.fr).

ticipent à la « *fragmentation du marché intérieur et* » à l'« *insécurité juridique* » sur l'étendue du monopole du titulaire des droits sur les produits détachés destinés à réparer un produit complexe.¹⁷

Les instances européennes, dans le cadre du plan d'action en faveur de la propriété intellectuelle présenté par la Commission le 25 novembre 2020¹⁸, se prononcent en faveur d'une réforme tendant à un alignement des législations nationales avec le régime du dessin et modèle communautaire, ainsi qu'à une plus grande harmonisation des règles nationales, dans la perspective de contribuer à « *l'achèvement du marché unique pour les pièces détachées dans l'UE* ». ¹⁹ La Commission Européenne doit présenter une proposition législative au cours du premier semestre 2022.

Il reste à savoir quelle solution d'harmonisation elle retiendra, et qui nécessitera, en cas d'adoption, sans doute des adaptations des législations nationales, pourtant à peine entrées en vigueur.

Les solutions retenues par les législateurs allemand et français ne sont donc probablement pas gravées dans le marbre, mais en sautant le pas chacun vers l'adoption d'une clause de réparation, le duo franco-allemand aura donné le signal pour une évolution au niveau communautaire qui pourrait, cette fois-ci, aboutir à une solution harmonisée.



Veruschka Möller, LL.M. (Köln/Paris 1), Avocate au Barreau de Paris, est associée fondatrice du cabinet Caravelle Avocats. Ses domaines d'activité dominants sont le droit commercial, avec une pratique significative en matière de baux commerciaux et en contentieux commercial, et le droit de la propriété intellectuelle et industrielle. Sa pratique est essentiellement internationale, avec une forte dominante franco-allemande.

¹⁷ Résolution du Parlement européen du 11 novembre 2021 sur un plan d'action en faveur de la propriété intellectuelle afin de soutenir la reprise et la résilience dans l'Union européenne (33.) (2021/2007 INI).

¹⁸ COMMUNICATION DE LA COMMISSION AU PARLEMENT EUROPÉEN, AU CONSEIL, AU COMITÉ ÉCONOMIQUE ET SOCIAL EUROPÉEN ET AU COMITÉ DES RÉGIONS - Exploiter au mieux le potentiel d'innovation de l'Union européenne - Un plan d'action en faveur de la propriété intellectuelle afin de soutenir la reprise et la résilience dans l'Union européenne, COM/2020/760 final.

¹⁹ Conseil de l'UE, conclusions du 10 novembre 2020 sur « la politique relative à la propriété intellectuelle et la révision du système de dessins et modèles industriels dans l'Union » (12750/20).

Wie Praktiker und Gerichte das UN-Kaufrecht in Deutschland und Frankreich anwenden

von Dr. Fabienne Kutscher-Puis, Düsseldorf, und Nicola Kömpf, Paris

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 11. April 1980 über den internationalen Warenkauf („Convention on Contracts for the International Sale of Goods“, nachfolgend abgekürzt „CISG“) gilt – neben weiteren Vertragsstaaten – seit dem 1. Januar 1988 in Frankreich und seit dem 1. Januar 1991 in Deutschland. Es schafft ein einheitliches internationales Kaufrecht zwischen Gewerbetreibenden und soll die Vertragsverhandlungen im internationalen Handelsverkehr vereinfachen, indem sich Unternehmen aus sehr unterschiedlichen Rechtssystemen auf die Anwendung gemeinsamer Vorschriften einigen können. Mangels einheitlicher Gerichtskontrolle ist allerdings unvermeidbar, dass die Anwendungspraxis in den Vertragsstaaten unterschiedlich verläuft.

Innerhalb der AJFA/DFJ Reihe „Regards croisés“ haben die Verfasserinnen die jeweilige Praxis in Deutschland und Frankreich untersucht und interessante Unterschiede hervorgehoben. Der nachfolgende Text ist eine leicht überarbeitete Version des Vortrags vom 21. November 2021.

I. Wann kommt das CISG zur Anwendung?

1. Grundsätzliches

Gemäß Art. 1 Abs. 1 CISG ist das Übereinkommen auf Kaufverträge über Waren zwischen Parteien anzuwenden, welche ihre Niederlassungen in verschiedenen Staaten haben, wenn (a) diese Staaten Vertragsstaaten sind oder (b) die Regeln des internationalen Privatrechts zur Anwendung des Rechts eines Vertragsstaates führen. Derzeit sind insgesamt 94 Staaten dem CISG beigetreten. Das CISG gilt auch zwischen Nichtkaufleuten, allerdings nicht für Käufe, die erkennbar zum persönlichen oder privaten Gebrauch einer Partei getätigt wurden (Art. 2 a) CISG).

Das CISG gilt „automatisch“, sofern die Anwendungsvoraussetzungen erfüllt sind. Es gilt die *Opt-out* Regelung und nicht die *Opt-in* Regelung: Die Vereinbarung des nationalen Rechts eines Vertragsstaates führt nicht zu einem Ausschluss des CISG, sondern im Gegenteil zur Geltung des CISG. Denn das CISG ist Bestandteil der Rechtsordnungen der Vertragsstaaten. Allerdings dürfen die Parteien das CISG ausschließen oder die Regelungen des CISG abändern (Art. 6 CISG). Dies bedarf grundsätzlich des ausdrücklichen Willens der Parteien. Ein konkludenter Ausschluss setzt einen entsprechenden übereinstimmenden Willen der Vertragsparteien voraus, der hinreichend deutlich und sicher erkennbar ist.

2. Anwendung in Deutschland

Der ausdrückliche Ausschluss des CISG durch einen von beiden Parteien unterschriebenen Vertrag ist nicht problematisch und führt zur

ausschließlichen Anwendung der Bestimmungen des BGB/HGB. Problematisch ist jedoch das Fehlen eines von beiden Parteien unterschriebenen Vertrages, insbesondere bei Verwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

Nach der deutschen herrschenden Meinung und der ständigen Rechtsprechung ist erforderlich, dass das Vertragsangebot des Verwenders der AGB auf die AGB verweist und dass die AGB der anderen Partei übermittelt werden. Dies wurde vom Bundesgerichtshof in seinem Grundsatzurteil vom 31. Oktober 2001¹ wie folgt statuiert: *„Eine wirksame Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen setzt deshalb zunächst voraus, dass für den Empfänger des Angebots der Wille des Anbietenden erkennbar ist, dieser wolle seine Bedingungen in den Vertrag einbeziehen. Darüber hinaus ist, wie das Berufungsgericht zu Recht annimmt, im Einheitskaufrecht vom Verwender Allgemeiner Geschäftsbedingungen zu fordern, dass er dem Erklärungsgegner deren Text übersendet oder anderweitig zugänglich macht.“*

Der von dem Bundesgerichtshof aufgestellte Grundsatz wird mehrheitlich von den Instanzgerichten beachtet. So entschied beispielsweise das Oberlandesgericht Stuttgart² wie folgt: *„Anders als im deutschen Recht reicht es aber nicht aus, dass der Empfänger sich aufgrund eines Hinweises des Verwenders selbst Kenntnis vom Inhalt der AGB verschaffen kann (etwa durch Bitte um Übersendung der AGB). Vielmehr muss der Verwender grundsätzlich selbst für eine Kenntnis des Empfängers vom Inhalt der AGB sorgen, weshalb der Bundesgerichtshof fordert, dass er dem Empfänger „den Text übersendet oder anderweitig zugänglich macht.“* In diesem Sinne entschied das Landgericht Aachen³, dass ein bloßer Hinweis auf die auf der Internetseite des Verwenders aufgeführten AGB im Anwendungsbereich des CISG nicht ausreichend ist.

3. Anwendung in Frankreich

Auch nach französischem Recht führt der ausdrückliche Ausschluss des CISG zur ausschließlichen Anwendung des französischen Rechts im Allgemeinen, insbesondere des *Code Civil* und des *Code de Commerce*. Problematisch ist hier auch das Fehlen eines von beiden Parteien unterschriebenen Vertrags und/oder die ausdrückliche Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen einer der Parteien.

Laut Art. 1119 *Code Civil* können Allgemeine Geschäftsbedingungen einer Partei der anderen nur entgegengesetzt werden, wenn sie der anderen Partei zur Kenntnis gebracht worden sind und Letztere sie akzeptiert hat.

¹ BGH, Urteil vom 31. Oktober 2001, VIII ZR 60/01, CISG-online Nr. 617, Rn. 13–20.

² OLG Stuttgart, Beschluss vom 21. Dezember 2015, 1 SchH 1/15, Rn. 22. In diesem Zitat wie in den nachfolgenden werden die weiteren Nachweise nicht wiedergegeben.

³ LG Aachen, Urteil vom 22. Juni 2010, 41 O 94/09.

Folglich können AGB des Verkäufers nach französischem Recht dem Kunden nur entgegengesetzt werden, wenn dieser sie akzeptiert hat, wobei die Beweislast beim Verkäufer liegt. Es ist daher dringend ratsam, dem Kunden die AGB vor Lieferung zwecks Unterzeichnung zukommen zu lassen und die unterschriebene Fassung dann in der Kundenakte aufzubewahren. Der Hinweis auf den möglichen Zugriff auf die AGB des Verkäufers im Internet/auf einer Plattform ist daher unzureichend, genauso wie der Verweis auf AGB auf Handelsdokumenten, wie Bestellbestätigungen, Rechnungen, usw. Außerdem muss das Einverständnis des Kunden vor Lieferung vorliegen. Aus der französischen Rechtsprechung ergibt sich außerdem, dass Gerichtsstands-, Rechtswahl- und Eigentumsvorbehaltsklauseln zusätzlich fett gedruckt in den AGB hervorzuheben sind, sowie komplett auf der Vorderseite von Angeboten, Bestellbestätigungen, Rechnungen abzudrucken sind.

Die französische Rechtsprechung wird immer strenger, was den Beweis der Zustimmung zu AGB betrifft. In einem Urteil der *Cour de Cassation*, vom 3. Mai 1979⁴ wurde entschieden, dass „*die allgemeine Annahme eines Angebots nicht auf die Annahme der dazugehörigen AGB schließen lässt. Der Verkäufer hat die effektive Zustimmung der AGB zu beweisen*“. Auch das Berufungsgericht Paris hat in einem Urteil vom 24. Februar 2021⁵ bestätigt, dass „*die AGB des Verkäufers dem Käufer nicht entgegengesetzt werden können, auch wenn dieser den Bestellschein auf der Vorderseite unterschrieben hat, auf der auf die AGB auf der Rückseite verwiesen wird, da die Unterschrift nicht genau neben diesem Vermerk angebracht wurde*.“ Weiter wurde vom Berufungsgericht Paris in einem Urteil vom 6. Januar 2021⁶ festgestellt, dass „*der Verkäufer nicht ausreichend bewiesen hat, dass der Käufer die AGB durch Anklicken einer Box akzeptiert hat, denn das entsprechende Prozedere erlaubt es nicht nachzuverfolgen, wann der Kunde dieses „Anklicken“ vorgenommen hat*.“

Verkäufer sollten daher unbedingt auf die richtige Einbeziehung von AGB in Kaufverträgen mit französischen Kaufleuten achten.

II. Wie ist die aktuelle Vertrags- und Gerichtspraxis?

1. Praxis in Deutschland

a) Vertragspraxis

Jeder deutsche Kautelarjurist begegnet regelmäßig der als Standardklausel zu bezeichnenden Vertragsbestimmung mit dem Wortlaut: „*Dieser Vertrag unterliegt deutschem Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts*.“ In der Tat wird im Bereich des internationalen Kaufrechts

⁴ *Cour de cassation*, 1. Zivilkammer, Urteil vom 3. Mai 1979, Nr. 77-14.689.

⁵ *Cour d'appel de Paris*, Urteil vom 24. Februar 2021, Nr. 20/11068.

⁶ *Cour d'appel de Paris*, Urteil vom 6. Januar 2021, Nr. 20/08857.

im Großteil der von deutschen Juristen verfassten Verträge das CISG ausdrücklich ausgeschlossen. Dabei erfolgt der Ausschluss vermutlich öfters ohne Prüfung der Vor- und Nachteile für den konkreten Fall. Unter den Befürwortern des UN-Kaufrechts kursiert die Aussage, eine mangelnde Prüfung der Vor- und Nachteile des CISG könne unter Umständen für den beratenden Anwalt einen Haftungsfall darstellen.

b) Gerichtspraxis

So ist es interessant, die deutsche Gerichtspraxis näher zu betrachten. Ist das CISG von den Parteien ausdrücklich oder hinreichend deutlich und sicher durch Stillschweigen ausgeschlossen worden, wird der Rechtsstreit auf der Grundlage des anwendbaren nationalen Rechts entschieden.

Hingegen wenden deutsche Gerichte im Regelfall das CISG an, wenn die Parteien im Laufe des Rechtsstreits auf Basis des deutschen Rechts argumentieren: Es fehlt an einem Erklärungsbewusstsein, wenn die Parteien davon ausgehen, dass das deutsche Recht ohnehin anwendbar ist. In diesem Fall liegt ein Ausschluss des CISG nicht vor. Ein Ausschluss des CISG durch bloßes Prozessverhalten besteht somit in Deutschland nicht, wie der Bundesgerichtshof in ständiger Rechtsprechung entscheidet. Beispielsweise führt der Bundesgerichtshof in einem Urteil vom 7. Dezember 2017⁷ wie folgt aus: *„Es bedarf vielmehr über die Rechtswahl hinausgehender Anhaltspunkte, um auf einen die Anwendbarkeit des UN-Kaufrechts ausschließenden Willen der Parteien zu schließen. Eine übereinstimmend geäußerte irriige Auffassung über das anzuwendende Recht reicht dafür nicht aus.“*

Diese Grundsätze werden durchgängig von den Oberlandesgerichten eingehalten, die stets darauf achten, dass nicht ein Vortrag auf der Grundlage des nationalen Rechts als konkludente Vereinbarung dieses Rechts ausgelegt wird, sofern dies in Verkennung der Anwendbarkeit des CISG geschieht. So statuierte das Oberlandesgericht Hamm 2009⁸: *„Für eine nachträgliche Abbedingung des CISG genügt es aber nicht, dass die Parteien vorgerichtlich und im Prozess auf der Basis des unvereinlichten deutschen Kaufrechts verhandeln. Einem solchen Verhalten, welches auf einer bloßen Verkennung der Rechtslage beruht, fehlen das für eine Willenserklärung notwendige Erklärungsbewusstsein und der Erklärungswille“.*

Ähnlich 2008 das Oberlandesgericht Stuttgart⁹: *„Auch später haben die Parteien die Unanwendbarkeit der CISG nicht vereinbart. Zwar haben sie vorgerichtlich und erstinstanzlich wie selbstverständlich auf Basis des BGB argumentiert; eine nachträgliche Abbedingung der CISG liegt hierin*

⁷ BGH, Urteil vom 7. Dezember 2017, VII ZR 101/14, CISG-online Nr. 2961, Rn. 39-40.

⁸ OLG Hamm, Urteil vom 2. April 2009, 28 U 107/08, CISG-online Nr. 1978, Rn. 60-61.

⁹ OLG Stuttgart, 31. März 2008, 6 U 220/07, CISG-online Nr. 1658, Rn. 38-39.

aber nicht. Es fehlt an übereinstimmenden Willenserklärungen der Parteien, denn diese setzen die Kundgabe eines Rechtsfolgewillens voraus, für den die Anwendung unzutreffender Vorschriften infolge Verkennung der Rechtslage nicht genügt.“

Oder 2004 das Oberlandesgericht Zweibrücken¹⁰: „Das somit geltende deutsche Recht verweist aber auf das CISG zurück, weil dieses dessen Bestandteil ist und dabei hier als Spezialgesetz zur Anwendung kommt. Die Parteien haben die Geltung des CISG auch nicht durch Vereinbarung im Sinne von dessen Art. 6 ausgeschlossen und dies etwa durch die Anwendbarkeit des BGB und des HGB ersetzt; der bloße Umstand, dass sie sich der Maßgeblichkeit des CISG nicht bewusst gewesen sind und daher - so die Klägerin in der Klageschrift - Vorschriften dieses nationalen deutschen Rechts zitiert haben, ist dafür nicht als ausreichend anzusehen.“

2. Praxis in Frankreich

a) Vertragspraxis

Wie in Deutschland findet man in den meisten französischen Verträgen eine Standardklausel wie folgt: „*Ce contrat est soumis au droit français à l'exclusion de la Convention de Vienne*“. Der Ausschluss erfolgt häufig mangels ausreichender Kenntnis des CISG und seiner Vor- und Nachteile, ggfs. könnte sich hieraus auch in Frankreich ein Beratungsfehler des Anwalts ableiten lassen. Interessant ist die Möglichkeit, Verträge nicht im Ganzen, sondern nur manche Bestimmungen dem CISG zu unterwerfen.

b) Gerichtspraxis

Wenn das CISG ausdrücklich von den Parteien ausgeschlossen wurde, besteht auch in Frankreich kein Zweifel daran, dass der Fall auf Grundlage des gewählten nationalen Rechts entschieden wird.

Haben die Parteien nicht eindeutig einen solchen Ausschluss vereinbart, sondern nur auf das französische Recht verwiesen, ergibt sich aus der derzeitigen französischen Rechtsprechung (*Cour de Cassation*, Urteil vom 26. Juni 2001¹¹ und *Cour de Cassation*, Urteil vom 2. Oktober 2001¹²), dass die Gerichte das CISG von Amts wegen anzuwenden haben (*principe d'applicabilité d'office*).

Es ist jedoch auch möglich, dass die Parteien stillschweigend die Anwendung des CISG ausgeschlossen haben. Hier unterscheidet sich die französische Rechtsprechung von der Deutschen.

Laut eines Urteils der *Cour de Cassation* vom 26. Juni 2001 (*Sté Muller Ecole et Bureau / Sté Fédérale Tait*)¹³ kann es als stillschweigende Ent-

¹⁰ OLG Zweibrücken, 2. Februar 2004, 7 U 4/03, CISG-online Nr. 877.

¹¹ *Cour de cassation*, 1. Zivilkammer, Urteil vom 26. Juni 2001, Nr. 99-16118.

¹² *Cour de cassation*, 1. Zivilkammer, Urteil vom 2. Oktober 2001, Nr. 99-13461.

¹³ S. Fußnote 11.

scheidung der Parteien angesehen werden, das CISG nicht zur Anwendung zu bringen, wenn die Parteien entscheiden, vor dem Gericht nicht Bezug auf das CISG zu nehmen.

Auch wenn die Parteien im Rahmen eines internationalen Warenkaufs ihre jeweilige Argumentation nur auf nationales Recht stützen, haben die Parteien konkludent entschieden, den Rechtsstreit dieser Rechtsordnung zu unterwerfen, d.h. die Anwendung des CISG auszuschließen, und die erstinstanzlichen Richter waren daher nicht verpflichtet, von Amts wegen das CISG anzuwenden, so die *Cour de Cassation* am 25. Oktober 2005¹⁴.

III. Wann ist das CISG von Vorteil?

Eine ausführliche Darstellung der Vor- und Nachteile des CISG jeweils aus der deutschen und französischen Perspektive würde den Rahmen dieses Übersichtsartikels sprengen. Wir beschränken uns daher auf die aus unserer Sicht offenkundigsten Vorteile des CISG.

1. Einige Vorteile aus deutscher Sicht

a) Verschuldensunabhängige Garantiehaftung im CISG

Nach § 437 BGB kann der Käufer bei einer mangelhaften Sache Nacherfüllung verlangen, von dem Vertrag zurücktreten oder den Kaufpreis mindern. Schadensersatz kann er nur dann verlangen, wenn der Verkäufer schuldhaft i. S. v. §§ 276, 278 BGB gehandelt hat. Indes sind Schadensersatzansprüche für weitere Schäden als an der Kaufsache selbst öfters von großer Bedeutung. Grundsätzlich wird der Hersteller für die Mängel an den von ihm produzierten Waren verantwortlich sein. Dies trifft allerdings in der Regel nicht für Zwischenhändler zu, was man üblicherweise mit dem Begriff der „Privilegierung der Zwischenhändler“ auf den Punkt bringt. Zudem ist die Vereinbarung einer verschuldensunabhängigen Haftung der anderen Partei in AGB unwirksam.

Anders die Rechtslage unter der Geltung des CISG: Nach Art. 45 CISG hat der Käufer bei Schlechterfüllung durch den Verkäufer Anspruch auf Schadensersatz unabhängig von einem etwaigen Verschulden. Der Anspruch kann demgemäß auch gegen den Zwischenhändler geltend gemacht werden. Der Schadensersatz umfasst den aufgrund der Vertragsverletzung entstandenen Verlust, einschließlich des entgangenen Gewinns, soweit er vorhersehbar war. Dies ist bei längeren Lieferketten deutlich vorteilhafter als die Gewährleistung nach deutschem Recht.

b) Verdrängung des Unternehmerregresses nach §§ 478 Abs. 1, 445a BGB

Ist die Kaufsache zum persönlichen Gebrauch durch einen Verbraucher bestimmt, d.h. liegt ein Verbrauchsgüterkauf im Sinne der §§ 474, 13 BGB vor, greift der Unternehmerregress des Verkäufers gegen seinen Vorlieferanten gemäß §§ 478, 445a i.V.m. § 437 BGB.

¹⁴ *Cour de cassation*, 1. Zivilkammer, Urteil vom 25. Oktober 2005, Nr. 99-12.879.

Der Unternehmerregress kommt in Betracht, wenn der Letztverkäufer (Einzelhändler) von dem Verbraucher wegen eines Sachmangels in Anspruch genommen wird. Der Unternehmerregress gilt entlang der Lieferkette (§ 445a Abs. 3 BGB), so dass der Letztverkäufer den eigenen Vorlieferanten, jeder Zwischenhändler auch den eigenen Vorlieferanten und schließlich den Hersteller in Regress nehmen können.

Die Sache muss bereits bei Gefahrübergang an den Verbraucher einen Sachmangel aufgewiesen haben. Es gilt aber die Beweislastumkehr nach § 477 BGB innerhalb von sechs Monaten nach Gefahrübergang, wobei diese Frist durch die Schuldrechtsreform 2021 auf ein Jahr verlängert wurde¹⁵. Zudem setzt der Unternehmerregress voraus, dass die Ansprüche gegen den Vorlieferanten nicht verjährt sind. Allerdings gilt die Ablaufhemmung des § 445b Abs. 2 BGB, wonach die Verjährung frühestens zwei Monate nach dem Zeitpunkt eintritt, in dem der Verkäufer die Gewährleistungsansprüche des Verbrauchers erfüllt hat. Diese Hemmung endet spätestens fünf Jahre nach Lieferung der Sache durch den Vorlieferanten.

Der Unternehmerregress ist zwingend. Er kann nur dann ausgeschlossen werden, wenn dem Unternehmer (Zwischenhändler, Letztverkäufer) ein gleichwertiger Ausgleich eingeräumt wird (§ 478 Abs. 2 BGB).

Durch die Anwendung des CISG wird der Unternehmerregress erfolgreich verdrängt. Zwischen den Parteien an einen CISG-Vertrag gelten nur die Rechtsbehelfe nach CISG und nicht der Unternehmerregress. Sofern die Rügefrist von zwei Jahren nach Übergabe der Sache (Art. 39 Abs. 2 CISG) abgelaufen ist, kann – trotz Ablaufhemmung des § 445b Abs. 2 BGB – kein Anspruch mehr gegen den Verkäufer geltend gemacht werden. Art. 39 CISG ist im Übrigen strenger als § 377 HGB (der durch den Unternehmerregress nicht berührt wird, § 445a Abs. 4 BGB), da die dortige Anzeige nach Entdeckung des Mangels gemacht werden muss.

2. Einige Vorteile aus französischer Sicht

a) Bestimmung des Kaufpreises

Unter Anwendung des CISG muss der Preis nicht im Vertrag genau bestimmt oder bestimmbar sein, sondern es genügt, sich auf übliche Marktpreise zu beziehen, wobei das französische Recht hier strengere Regeln enthält, insbesondere das Verbot, die Festlegung des Preises nur vom Willen einer der Parteien abhängig zu machen, es sei denn, es handelt sich um einen Rahmenvertrag (Art. 1163 und 1164 *Code Civil*).

b) Haftung für versteckte Mängel

Das französische Recht unterscheidet zwischen der Haftung des Verkäufers für die Übereinstimmung der verkauften Sache mit dem Vertragsgegenstand (*obligation de délivrance conforme*) und der Haftung

¹⁵ § 477 BGB n.F., in Kraft ab dem 1. Januar 2022.

für versteckte Mängel (*responsabilité des vices cachés*) für den Fall, dass die übergebene Sache nicht für den normal vorhersehbaren Gebrauch tauglich ist und dieser Mangel schon bei Übergabe vorhanden war.

Die Verjährungsfrist beträgt im ersten Fall fünf Jahre ab Übergabe, wobei die Haftung für versteckte Mängel zwei Jahre ab Entdeckung des Mangels, höchstens jedoch fünf Jahre ab Übergabe beträgt.

Zwischen Kaufleuten sind Haftungsbegrenzungen grundsätzlich möglich, aber diese gelten nicht für versteckte Mängel, wenn der Käufer und der Verkäufer nicht die gleiche Geschäftstätigkeit ausüben. Außerdem wird bei einem professionellen Verkäufer immer vermutet, dass er Kenntnis von dem Mangel hat. Das Haftungsrisiko des Verkäufers für versteckte Mängel nach französischem Recht ist extrem hoch und durch Vertragsklauseln nicht wirksam zu begrenzen.

Das CISG unterscheidet nicht zwischen vertragskonformer Lieferung und versteckten Mängeln. Eine Haftungsbegrenzung ist global möglich und somit vorteilhaft für den Verkäufer. Das CISG enthält keine Bestimmungen zur Verjährung. Die Parteien können diese folglich frei vereinbaren. Gemäß Art. 38 des CISG muss der Käufer die gelieferte Ware unverzüglich prüfen oder prüfen lassen und muss spätestens die Sachmängel binnen zwei Jahren nach Übergabe geltend machen. Auch diese Regelung ist für den Verkäufer vorteilhaft.

Schlussfolgerung

Der vorliegende kurze Überblick über die Anwendung des CISG in Deutschland und Frankreich zeigt zwar, dass die Praxis in Deutschland und Frankreich zum Teil unterschiedlich ist. Er macht jedoch auch deutlich, dass sich die Vertragsparteien und ihre Rechtsberater sinnvollerweise im Vorfeld mit dem CISG befassen sollten und nicht erst nach Entstehung eines Rechtsstreites. Tun sie dies nicht, wird die Entscheidung des Falls öfter davon abhängen, wie die Parteien ihre Rechtswahlklausel verfasst und einbezogen haben und welches Gericht den Rechtsstreit zu entscheiden hat.

Insgesamt sind die Bestimmungen des CISG vorteilhafter für den Verkäufer als das nationale deutsche oder französische Kaufrecht. Zudem ist das CISG überwiegend dispositiv, so dass für den Einzelfall geeignete Regelungen gefunden werden können. Wird die Anwendung des CISG vertraglich vereinbart, so ist es unbedingt ratsam, subsidiär ein nationales Recht zu vereinbaren, denn das CISG klammert wichtige Teile des Zivilrechts aus (z.B. Fragen der Verjährung, der Aufrechnung oder des Eigentumsvorbehalts). Anderenfalls wird das anwendbare Recht nach den Regeln des IPR bestimmt, was – jedenfalls in der EU – zum Recht des Verkäufers führt (Art. 4 Abs. 1 lit. a Rom I VO). Aus deutscher Sicht entfällt darüber hinaus weitgehend die AGB-rechtliche Inhaltskontrolle.



Nicola Kömpf ist in Paris und Berlin als Rechtsanwältin zugelassen und Partnerin in der Kanzlei Alerion, Paris. Ihre Tätigkeitsschwerpunkte liegen im deutschen und französischen Handels- und Gesellschaftsrecht.

Sie ist Mitglied im Vorstand der DFJ.



Dr. Fabienne Kutscher-Puis, LL.M. ist Rechtsanwältin in Düsseldorf, Fachanwältin für Internationales Wirtschaftsrecht und Avocat à la Cour de Paris. Ihr Tätigkeitsschwerpunkt ist das Handels- und Vertriebsrecht im deutsch-französischen Rechtsverkehr.

Sie ist Mitglied im Vorstand der DFJ und Schriftleiterin der Actualités.

■ Aus den Hochschulen

Der Deutsch-Französische Magisterstudiengang Köln/Paris 1

In unserer Reihe „Deutsch-französische Studiengänge der Rechtswissenschaft“ wurde bislang das älteste und wohl bekannteste Programm noch nicht vorgestellt. Wir freuen uns nun sehr, Ihnen in dieser Ausgabe einen Studiengang vorzustellen, der im letzten Oktober sein dreißigjähriges Jubiläum feiern durfte und durch das aufgebaute Netzwerk der Ehemaligen und die ins Leben gerufene Veranstaltungsreihe wie eine deutsch-französische Juristenvereinigung im Kleinformat anmutet.

Teil 1 – Köln

von Paul Oerter, LL.B., (Köln), Köln/Paris I



Der DFM beginnt jedes Jahr im Wintersemester an der Universität zu Köln. Es starten damit 30 deutsche und 30 französische Studierende in das vierjährige Studium, das mit dem Erhalt des Bachelors endet.

Da immer bereits ein älterer Jahrgang in Köln ist, wird den Neuankömmlingen ein Pate oder eine Patin zur Seite gestellt, die den Neuanfang erleichtern und für Fragen zur Verfügung stehen.

Grundsätzlich beginnen die Studierenden des DFM mit einem gemeinsamen Propädeutikum und einem Terminologiekurs, bevor die Vorlesungen losgehen. Sie absolvieren dann die ersten zwei Jahre des deutschen Jurastudiums und schließen den Abschnitt in Köln mit dem Erhalt ihrer Zwischenprüfung ab. Das anspruchsvolle Studium lässt einem dennoch genug Zeit, um die Stadt, viele neue Leute und als Franzose die deutsche Kultur kennenzulernen.

Köln ist als Stadt bei den Studierenden sehr beliebt. Sie bietet insbesondere viele Grünflächen, die im Sommer als Treffpunkt für allerhand Freizeitaktivitäten und im Winter zum Spazieren gehen genutzt werden. So gibt es neben dem Grüngürtel in der Stadt und den Rheinwiesen in der Nähe zur Universität den Stadtwald und zahlreiche kleinere Parks. Insbesondere für junge Studierende des DFM ist das bereichernd, da aufgrund der kleinen Gruppengröße des Studiengangs (60) sich gerade am Anfang alle regelmäßig zu gemeinsamen Treffen zusammenfinden.

Darüber hinaus ist Köln eine sehr junge Stadt, die als Zuhause für zahlreiche Studierende natürlich auch ein breites Angebot an Bars und Clubs bietet. Ebenso hält die Universität zu Köln über die Angebote Hochschul- und Unisport auch für die Sportbegeisterten viele spannende Möglichkeiten bereit.

Die Gruppengröße des DFM ist generell ein Aspekt, der für viele Studierende vorteilhaft ist. Häufig fällt es Studierenden nicht leicht in einem großen Vorlesungssaal mit 500 bis 600 Kommilitonen sofort Anschluss zu finden. Gerade wenn man nicht in Köln aufgewachsen und kürzlich erst ausgezogen ist, ist es beruhigend, in ein kleineres Umfeld zu kommen, in welchem man aufgrund des regelmäßigen Kontakts schnell Anschluss findet. Trotzdem heißt das nicht, dass man nur zu Studierenden des DFM Kontakt hat. Über die Vorlesungen kommt es auch immer zu Begegnungen mit anderen Studierenden und insbesondere den anderen binationalen Studiengängen der Universität zu Köln.

Während der zwei Jahre wird die ganze Organisation rund um das Studium durch das DFM-Büro erledigt, das in der Regel aus Ehemaligen

besteht und den Studierenden damit administrative Aufgaben abnimmt.

Außerhalb der Universität kümmert sich der Verein „Juristen des deutschen und französischen Rechts e.V.“ (JDFR e.V.) um die Studierenden. Der Verein setzt sich aus Aktuellen und Ehemaligen des Studiengangs zusammen. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Studierenden den Start in Köln zu vereinfachen, sie untereinander zu vernetzen und für sie einen Kontakt zur Arbeitswelt herzustellen.

Um diese Ziele zu erreichen, finden regelmäßig Stammtische statt, in deren Rahmen sich die Vereinsmitglieder austauschen können. Außerdem organisiert der Verein Crashkurse, die sich sowohl an Franzosen als auch Deutsche richten und die Vorbereitung auf die Klausuren erleichtern.

Besonders interessant sind für die Studierenden auch die Veranstaltungen, die der Verein zusammen mit Anwaltskanzleien organisiert. So finden mehrmals pro Vereinsjahr Workshops in Kanzleien statt, die neben spannenden Fachvorträgen auch die Möglichkeit bieten, sich mit Anwälten auszutauschen und aus erster Hand mehr über den Beruf zu erfahren. Diese Events sind oft auch eine schöne Möglichkeit, um sich über Praktika zu erkundigen.

Darüber hinaus gab es in den letzten Jahren so genannte Berufsforen, bei denen mehrere Ehemalige über ihre Stellen als Richter, Anwälte, Notare usw. berichtet und sich den Fragen der Studierenden gestellt haben.

Auch wird einmal im Jahr für die neue Promo eine Berlinfahrt organisiert, die ein breites kulturelles Programm mit Besuchen des Bundestags, der Berliner Mauer und des Justizministeriums bietet.

Zusammenfassend wird durch die genannten Punkte bereits in den ersten zwei Jahren neben der universitären Ausbildung ein Netzwerk geschaffen, das viele Vorteile bietet und sich seit nunmehr 32 Jahren stetig vergrößert.

Teil 2 – Paris

von Alexandra Bruls, Köln/Paris



Die Studierenden beginnen daraufhin ihr drittes Jahr in Paris. Die meisten sind schon ab August vor Ort, um sich eine Wohnung zu suchen, was auf dem Pariser Wohnungsmarkt keine einfache Sache ist. Glücklicherweise gibt es Wohnungen, die sich DFMLer/innen seit Jahren gegenseitig weitergeben. Außerdem haben die Ankömmlinge ihre

Paten und Patinnen, die ihnen bei der Suche behilflich sind und sie währenddessen teilweise beherbergen können.

Paris ist eine wundervolle und sehr aufregende Stadt. Jedoch ist sie im Vergleich zu Köln viel größer und schnelllebiger. Damit die Studierenden am Anfang von den vielen Herausforderungen nicht überwältigt sind, bekommen sie einen Leitfaden *Premiers pas à Paris*, der ihnen wertvolle Informationen weitergibt. Es werden zunächst administrative Auskünfte gegeben, unter anderem, wo man am besten ein französisches Konto eröffnet oder wie man sich an der Universität *Paris 1 Panthéon-Sorbonne* anmeldet. Der zweite Teil besteht aus Insider-tips, die auf Jahren an Erfahrung von DFMLer/innen basieren und zum Ziel haben, den Studierenden zu ermöglichen, die Stadt in ihrer ganzen Vielfalt kennenzulernen, ohne sich in Unkosten zu stürzen. Es gibt unter anderem eine detaillierte Liste der berühmten Studentenbars des *Quartier Latin*, aber auch der erschwinglichen Studierendenmensen *Crous* und der vielen studierendenfreundlichen Angebote für Museen.

Die Studierenden fangen eine Woche vor der offiziellen *rentrée* an und folgen einem Einführungskurs. Davor haben sie schon in Köln im dritten Semester eine Arbeitsgemeinschaft im französischen Recht sowie ein Seminar in der Methodik des französischen Rechts absolviert. Hier werden den Studierenden kompakt die Grundlagen der französischen Methodik noch einmal detailliert erklärt, damit sie von Anfang an mit den anderen *Licence 3* Studierenden mithalten können.

Die Kurse in Paris sind ähnlich aufgeteilt wie in Köln. Es gibt pro Semester sechs *Cours magistraux*, (CM) die jeweils drei Stunden pro Woche dauern. Dazu gibt es noch für die drei *majeures* (Hauptkurse) jeweils eine Arbeitsgemeinschaft von anderthalb Stunden pro Woche. Die DFMLer/innen haben das Glück, diese *cours magistraux* mit den anderen binationalen Studierenden zu belegen: Das sind alle Studierenden, die wie die DFMLer/innen ihre ersten zwei Jahre in einem anderen Land verbracht haben, unter anderem Spanien, Italien oder England. Demnach sind die meisten Vorlesungen in «kleineren» Klassen, das heißt anstatt 500 Studierenden sind es nur 250 im Hörsaal. Das ermöglicht den Studierenden, selbst in den größeren Vorlesungen ein näheres Verhältnis zu ihren Professoren und Professorinnen zu haben und unbedarft ihre Fragen zu stellen.

Dazu haben die DFMLer/innen aber auch die Chance, Studierende aus verschiedenen kulturellen Hintergründen kennenzulernen, die in einem anderen Rechtssystem ausgebildet wurden. Dieser Austausch findet nicht nur während der Kurse statt, die binationalen Studierenden unternehmen ebenfalls außerhalb der Universität regelmäßig etwas zusammen.

Die Kurse finden in den wundervollen Sälen der Gebäude *Panthéon* und *Sorbonne* statt. Die Nähe zu den Bibliotheken *Sainte-Genève* und *Cujas* verschönern ebenfalls das historische Milieu, in dem DFMer/innen studieren zu dürfen.

Außerdem gibt es in Paris den Verein *Juristes Paris Cologne (JPC)*, der eine Vermittlerrolle zwischen den DFM-Studierenden und der Arbeitswelt sowie der Administration der Universität innehat. Der Verein organisiert das ganze Jahr über zahlreiche Veranstaltungen, um das Netzwerk der Studierenden zu erweitern und, um ihnen darüber hinaus bei ihrem Studium zu helfen. So werden auch in Paris Crashkurse organisiert und mehrere Konferenzen, die den DFMer/innen ermöglichen, hautnah mit Unternehmen und internationalen Anwaltskanzleien in Kontakt zu treten. Bei Schwierigkeiten können sich die Studierenden an die JPC wenden, die sie dann so gut wie möglich unterstützen

Es gibt ebenfalls ein Bureau in der Administration der Universität Paris 1, das den DFMer/innen zur Seite steht und bei administrativen Aufgaben behilflich ist. Das ist sehr hilfreich angesichts der Größe der Universität Paris 1, aufgrund derer Studierende nicht automatisch wissen, an wen sie sich wenden können.

Für das vierte und letzte DFM-Jahr dürfen die Studierenden ihren Schwerpunkt auswählen und dabei zwischen *droit du travail*, *droit fiscal* oder *droit international économique* entscheiden.

Das Ende des DFMs wird mit einer würdigen Diplomverleihung, die abwechselnd in Köln und Paris stattfindet, gefeiert. Trotzdem bedeutet dieses Ende nicht, dass sich die Wege der DFMer/innen endgültig scheiden. Wir haben das Glück, ein sehr starkes und ausgebreitetes Netzwerk zu haben und dass sich die verschiedenen Jahrgänge mindestens alle fünf Jahre im Rahmen der DFM-Feier treffen.



Paul Oerter, LL.B (Köln), ist Student des DFM Köln/Paris 1 und Mitglied der 28. Promotion. Er ist Präsident des JDFR e.V.

Alexandra Bruls ist Studentin des DFM Köln/Paris 1 und Mitglied der 29. Promotion. Sie ist Präsidentin des Verein JPC.



**Juristes
Paris
Cologne**

Der DFM feiert sein 30-jähriges Bestehen

von Felix Jansen, Köln

Es ist inzwischen eine lieb gewordene Tradition, dass sich die Ehemaligen und Studierenden der deutsch-französischen Studiengänge Rechtswissenschaften Köln/Paris 1 alle fünf Jahre – abwechselnd in Köln und Paris – zu einer großen Jubiläumsfeier versammeln. Auch anlässlich des 30-jährigen Bestehens der Studiengänge war dementsprechend ursprünglich für Juni 2020 eine große Feier angedacht, die dann leider der Pandemie zum Opfer fiel. Umso erfreuter waren der DFM Alumni e.V. als Veranstalter des Festes, Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauer-Lieb und Prof. Dr. Dr. h.c. Capitant als Programmbeauftragte der Studiengänge sowie die insgesamt ca. 550 Ehemaligen und Studierenden unter den Gästen, dass die Feier am 1. und 2. Oktober 2021 nachgeholt werden konnte.



Zum Auftakt des Festprogramms unter dem Titel „La nouvelle liberté – Klimakrise, Pandemie, Digitalisierung und Wandel der internationalen (Wirtschafts-)Ordnung als Triebfeder eines neuen Freiheitsverständnisses?“ lud am 1. Oktober 2021 die Kanzlei Osborne Clarke zu einem Apéritif in ihre Kölner Räumlichkeiten ein. Anschließend erwartete die Gäste ein kulturelles Auftaktprogramm im Kölner Dom. Nach einem Grußwort der französischen Generalkonsulin in Düsseldorf, Dr. Olivia Berkeley-Christmann, selbst Absolventin des Studienganges, sprach dort die Koordinatorin der deutschen Hilfe beim Wiederaufbau von Notre-Dame de Paris und ehemalige Dombaumeisterin des Kölner Doms, Prof. Dr. Barbara Schock-Werner, zum Thema „Kölner Dom & Notre Dame – Symbole europäischer Kulturgeschichte und deutsch-französischer Zusammenarbeit“. Der Abend klang mit einem Orgelkonzert des Domorganisten Prof. Dr. Winfried Bönig aus.

Nach dem kulturellen Auftakt am Freitag, dem 1. Oktober 2021 fanden im Laufe des Samstags sodann insgesamt vier verschiedene wissenschaftliche Diskussionspanels mit einem besonderen Fokus auf den deutsch-französisch-europäischen Diskurs statt. Bei der Ausgestaltung des von der EFB in Paris sowie der Rechtsanwaltskammer Köln als Fortbildungsveranstaltung anerkannten wissenschaftlichen Programms legte der DFM Alumni e.V. besonderen Wert auf die Einbeziehung der zahlreichen Ehemaligen der Studiengänge – das anlässlich der Feier herausgegebene Jahrbuch umfasst inzwischen 564 Seiten – mit ihren ganz unterschiedlichen beruflichen Werdegängen und Lebensentwürfen.

Zum Auftaktthema „Digital Markets Act – Ein Versprechen für faire und offene Märkte oder Ausdruck europäischer Überregulierung?“ disku-

tierten dabei unter der Moderation von Philipp Sümmermann (Osborne Clarke, Köln, 19. Promo) Timo Rehbock (Barnes & Thornburg, Chicago, 5. Promo), Dr. Jan Dreyer (DLA Piper, Köln), Alexandra Laffitte (Fédération Française des Télécoms, Paris, 22. Promo) und Dr. Iris Barsan (Maître de conférences, Université Paris-Est Créteil, 9. Promo). Für das zweite Panel zum Thema „Investitionen und Investitionsschutzrecht im Zeichen von Green Deal, COVID-19 und Digitalisierung“ konnten mit Kirstin Schwedt (Linklaters, Frankfurt, 8. Promo), Jun.-Prof. Dr. Julian Scheu (Universität zu Köln, 16. Promo), Angélica André (White & Case, Paris, 11. Promo), Stefanie Alexander (Uniper, Düsseldorf, 8. Promo) und Moderator Dr. Tim Maxian Rusche (Europäische Kommission, Brüssel, 9. Promo) gleich fünf Ehemalige gewonnen werden. In einem dritten, völker- und völkerstrafrechtlichen Panel diskutierten anschließend Natia Navrouzov (Yazda, Legal Advocacy Director, Irak, 21. Promo), Dr. Andrej Umansky (Gazeas Nepomuck Rechtsanwälte, Köln, 15. Promo), Dr. Nicola Wenzel (BMJV, Leiterin Referat Menschenrechte, 6. Promo) und die dem Studiengang seit langer Zeit eng verbundene ehemalige Vize-Präsidentin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Prof. Dr. Dr. h.c. Dr. h.c. Angelika Nußberger (Universität zu Köln), zum Thema „Krieg als Problem, Frieden als Lösung, Recht als Werkzeug – Welche Rollen kommen Europa, Frankreich und Deutschland bei der Bewältigung bewaffneter Konflikte und der Verfolgung von Kriegsverbrechen zu?“. Die Moderation übernahm mit Moritz Petratschek aus der 28. Promo ein Absolvent des jüngsten Abschlussjahrganges des Studienganges.

Im Rahmen der Abschlussdiskussion unter dem Titel „La nouvelle liberté – Klimakrise, Pandemie, Digitalisierung und Wandel der internationalen (Wirtschafts-)Ordnung als Triebfeder eines neuen Freiheitsverständnisses?“ war insbesondere die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021 zum Klimaschutzgesetz Thema. Hier konnten neben den Programmbeauftragten Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb, die jüngst zur Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs NRW gewählt wurde, sowie Prof. Dr. Dr. h.c. David Capitant auch Daniela Weber-Rey (Rechtsanwältin und Aufsichts-/Verwaltungsrätin, u.a. HSBC Germany, Fnac Darty Gruppe), Prof. Dr. Henning Radtke (Richter des Bundesverfassungsgerichts und Honorarprofessor an der Leibniz Universität Hannover) sowie Dr. Klaas H. Eller (Assistant Professor, University of Amsterdam, 16. Promo) gewonnen werden. Durch die angeregte Diskussion leitete Dr. Hendrik Schindler (CMS Hasche Sigle, Köln).

Eine besondere Freude war es dem DFM Alumni e.V., mit Prof. Dr. Dr. h.c. Dr. h.c. Michel Fromont einen der beiden Gründungsväter des Studienganges unter den Ehrengästen und Festrednern begrüßen zu dürfen. 31 Jahre nach der Gründung feierte die deutsch-französische DFM-Familie ausgelassen bis in die frühen Morgenstunden.



Felix Jansen, LL.M. Köln/Paris 1 ist Doktorand und Rechtsreferendar in Köln. Er ist Vorstandspräsident des DFM Alumni e.V.

Le DFM Alumni e.V.

von Catherine Stary, Paris



Née en 2018 de la volonté d'une poignée d'anciens étudiants, le DFM Alumni e.V. est une association réunissant les diplômés du cursus de droits français et allemand des Universités de Paris 1 – Panthéon Sorbonne et de Cologne.

Dès le début, le but de l'association a été d'offrir aux anciens du programme d'études, une plateforme propice au maintien des liens étroits créés durant les quatre années d'études communes, mais aussi à la structuration d'un réseau dense et riche de plus 1.500 femmes et hommes, qui occupent des positions de choix dans différentes professions notamment juridiques, en France et à l'étranger.

C'est dans cette perspective, que le DFM Alumni e.V. a non seulement pris en main la publication d'un annuaire de l'ensemble des étudiants et anciens étudiants des 32 promotions, mais organise régulièrement des conférences et séminaires portant sur des sujets juridiques abordés sous un angle comparatif franco-allemand ou européen. Après une série de conférences à succès tenues au mois de juin 2020 sur des thèmes aussi variés et propices à la réflexion que « *„Digitalisierung des Rechts - K.I. als Ersatz von Rechtsanwender und Rechtsanwendung?“* » ou encore *„Ein neuer Markt des Rechts - Das europäische Online-Gründungsverfahren als Katalysator eines Forum Shoppings der Gesellschaftsformen“*, une nouvelle série de conférences intitulé « le DFM discute » a été initiée au printemps 2021 avec pour objectif de créer une plateforme qui permette aux anciens étudiants et aux étudiants actuels du programme d'échanger leurs points de vue sur des sujets liés aux sciences juridiques et à la pratique du droit français et allemand. Le concept prévoit une présentation d'une trentaine de minutes, par exemple sur une thèse ou un mémoire de doctorat, un essai ou une question de la pratique juridique française, allemande ou européenne. La présentation est ensuite discutée en session plénière et examinée sous l'angle du droit comparé par tous les participants. Les premières conférences animées par Alexander Kronenberg (21^{ème} promotion), Dr. Tobias Lutzi (19^{ème} promotion) et Henrike von Scheliha

(22^{ème} promotion) ont rencontré un franc succès. La prochaine rencontre se tiendra le mercredi 2 février 2022 et sera l'occasion pour Céline Chazelas-Baur (12^{ème} promotion) de s'exprimer sur le thème : „*Life Hacks für weniger Stress und mehr Wohlbefinden*“.

Sans doute la réussite de ces événements est-elle due au fait que les étudiants qui suivent actuellement le programme sont vivement incités à y prendre part.

Il est effectivement important de souligner que loin de vouloir créer un club fermé, les fondateurs du DFM Alumni e.V. ont au contraire dès le début souhaité donner naissance à une structure d'échange et de partage entre générations, mais aussi avec le monde extérieur.

C'est ainsi que les membres du DFM Alumni e.V. apportent leur soutien aux étudiantes et étudiants du cursus et sont en permanente coopération avec les associations d'étudiants, la J.D.F.R. e.V. et la JPC.

Cela se traduit par la présence des représentants des associations J.D.F.R. e.V et JPC au sein du comité directeur du DFM Alumni e.V., mais aussi à travers la mise en place d'un système de mentorat entre étudiants de première année et anciens du cursus et l'organisation de voyages d'études auxquels participent étudiants et anciens du programme.

Par ailleurs, le DFM Alumni e.V. est tourné vers le monde extérieur et a développé des partenariats avec d'éminentes personnalités du monde juridique ou judiciaire, des cabinets d'avocats et des entreprises, ou encore des administrations et institutions.

Ainsi, le DFM Alumni e.V. contribue à promouvoir le cursus auprès des professionnels du droit, des entreprises et des institutions, tout en permettant aux étudiants d'entrer en contact avec le monde professionnel.

Concrètement, les partenariats développés jusqu'à présent ont permis aux étudiants d'être reçus au sein de cabinets d'avocats en France et en Allemagne et, pour certains, de percevoir une bourse. Les partenaires participent aussi activement à la vie de l'association en contribuant, par leur support logistique, leur aide financière ou leur contribution humaine, aux événements organisés par l'association.

C'est en grande partie grâce au soutien sans faille de ses partenaires, que l'association a pu, en coopération avec les associations étudiantes, J.D.F.R. e.V. et JPC, célébrer les 30 ans d'existence du programme.

En trois années d'existence, le DFM Alumni e.V. a su montrer que la cohésion amicale qui naît entre les étudiants lors de leur séjour commun à Cologne puis à Paris, perdure au fil des décennies pour devenir un vecteur de l'amitié franco-allemande et de l'esprit européen.



Catherine Stary est Avocate au Barreau de Paris et DPO externe. Elle exerce au sein du cabinet GGV Avocats Rechtsanwälte comme Counsel et est en charge du pôle protection des données et IP/IT du cabinet. À ce titre, elle conseille et accompagne – notamment comme DPO externe - différentes entreprises allemandes ayant une activité en France.

■ Aus der Anwaltschaft

Remise de la Croix de l'Ordre fédéral du Mérite à Maître Beltz et Maître Roth

Le 15 novembre 2021, l'Ambassadeur de la République fédérale d'Allemagne en France, Dr. Hans-Dieter Lucas, a remis aux ardents défenseurs de l'amitié et l'entraide entre les barreaux allemands et français que sont Maîtres Karl H. Beltz et Christian Roth, la Croix de l'Ordre fédéral du Mérite de la République fédérale d'Allemagne. Tous deux sont membres de l'AJFA, Karl H. Beltz étant membre de longue date du Bureau de l'AJFA. Nous leur présentons nos plus vives félicitations pour cette distinction hautement méritée. Avec l'aimable autorisation de l'Ambassade d'Allemagne en France et des récipiendaires, nous publions sur les lignes suivantes l'éloge de Monsieur l'Ambassadeur et les discours de remerciement de Maîtres Beltz et Roth.

Éloge de Monsieur l'Ambassadeur Dr. Hans-Dieter Lucas

Cher Maître Beltz, Cher Maître Roth, Mesdames, Messieurs,

Je suis très heureux de vous accueillir ce soir à l'Hôtel de Beauharnais.

Nous sommes réunis ici aujourd'hui pour vous remettre, cher Maître Beltz, cher Maître Roth, la croix de l'Ordre du Mérite de la République fédérale d'Allemagne. Avec vous, nous rendons hommage à deux hommes, un Français et un Allemand, qui se sont remarquablement engagés pendant fort longtemps, et continuent de s'engager avec un dévouement et un enthousiasme intacts, en faveur d'une meilleure compréhension du système juridique de l'autre pays par les juristes français et allemands.

Voilà déjà longtemps en effet que vous vous employez à éveiller l'intérêt des jeunes juristes de nos deux pays pour les échanges franco-allemands et à promouvoir ces derniers. Sans vos initiatives et vos efforts, les programmes d'échange et de séminaire entre la Rhénanie du Nord-Westphalie et la Sarre d'une part, et le barreau de Paris d'autre part,

n'existeraient très certainement pas dans leur forme et leur richesse actuelles.

Permettez-moi de commencer par évoquer votre parcours, Maître Beltz. Soyez assuré, Maître Roth, qu'il s'agit là d'un choix purement alphabétique !

Maître Beltz :

Maître Beltz, dès 1983, vous passez trois mois comme juriste stagiaire dans un cabinet d'avocats parisien. Simultanément à l'obtention de votre habilitation à exercer comme avocat, à Düsseldorf en 1984, vous commencez à enseigner le droit constitutionnel allemand aux universités de Nanterre et Paris-Sud (Sceaux), ce que vous ferez jusqu'en 1991.

Vous êtes membre de l'Association des Juristes Français et Allemands depuis 1986 et de son bureau depuis 1998.

Inscrit au barreau de Paris depuis 1992, vous êtes véritablement Parisien depuis 2004, date à laquelle vous avez ouvert votre propre cabinet dans la capitale française.

En 2008, vous co-fondez la Commission franco-allemande du Barreau de Paris dont vous êtes le vice-président depuis 2009. De 2009 à 2013, vous êtes en outre trésorier de l'Association des Avocats Allemands établis en France.

Vous recevez en 2008 le Prix des avocats allemands de l'Ordre des avocats de Paris, institué par la Chambre fédérale des avocats allemands et l'Association des Avocats Allemands, puis, en 2010, le Prix de l'amitié franco-allemande de l'ambassade d'Allemagne.

Peut-être certains d'entre vous savent-ils que depuis 1961, le ministère de la Justice de Rhénanie du Nord-Westphalie organise deux fois par an un « séminaire France » à Paris pour 25 juristes stagiaires de toute l'Allemagne. Cet événement est enrichi depuis 2019 par un atelier commun franco-allemand qui a lieu dans les locaux de l'École du barreau de Paris. Son pendant français est le « séminaire d'Allemagne » organisé à Düsseldorf.

Depuis 2011, vous êtes l'interlocuteur permanent de ce séminaire France et depuis 2016, également celui du séminaire Allemagne dont vous êtes devenu en 2018 le principal responsable et organisateur.

En 2016, sur l'initiative du barreau de Paris et de son bâtonnier d'alors Frédéric Sicard, et en coopération avec le ministère de la Justice de la Sarre, le Centre Juridique Franco-Allemand de l'université de Sarrebruck, l'Association des avocats de la Sarre et de l'Ordre des avocats de Sarrebruck, vous commencez à planifier et mettre en œuvre des programmes de formation continue à destination des étudiants et juristes stagiaires allemands ainsi que des étudiants et élèves avocats

français. Sous votre impulsion, ces programmes ont vu le jour dès 2017.

Parmi vos initiatives les plus récentes, je citerai la participation de l'ancien président de la Cour constitutionnelle fédérale, le professeur Voßkuhle, à une conférence- débat avec le président du Conseil constitutionnel français, Laurent Fabius, à la Maison du Barreau de Paris en février 2020.

Toutes ces activités, cher Maître Beltz, livrent un impressionnant témoignage de votre engagement sans relâche en faveur de la familiarisation des jeunes juristes français et allemands avec le système juridique de l'autre pays. Vous méritez à cet égard notre plus grande reconnaissance.

Maître Roth :

Maître Roth, après des études de droit et de littérature aux universités de Strasbourg et de la Sarre à Sarrebruck, vous commencez à exercer comme avocat à Paris en 1979. En 2012, vous fondez ici à Paris votre propre cabinet de conseil d'entreprises où vous exercez encore aujourd'hui.

En 1986, c'est à Luxembourg que vous fondez l'Union des avocats européens, dont vous êtes le président d'honneur. De 1988 à 2004, vous êtes chargé d'enseignement en droit économique de l'Union européenne à l'Université Paris I - Sorbonne.

Vous co-fondez en 2008 la Commission franco-allemande du Barreau de Paris que vous présidez depuis lors. C'est cette commission qui organise, en partenariat avec le ministère de la Justice de Rhénanie du Nord-Westphalie, le séminaire France pour les juristes stagiaires allemands et le séminaire Allemagne pour les élèves avocats français que j'ai mentionnés tout à l'heure.

Maître Roth, vous avez pris une part active à la mise sur pied du séminaire Allemagne.

Sur l'initiative de la Commission franco-allemande que vous présidez au sein du Barreau de Paris, ce dernier a conclu en 2017 un accord de coopération avec le ministère de la Justice de la Sarre, le Centre Juridique Franco-Allemand de l'université de Sarrebruck, l'Ordre des avocats de Sarrebruck et l'Association des avocats de la Sarre. C'est sur la base de cet accord que se déroulent depuis cette date les programmes franco-allemands de formation continue déjà évoqués.

Vous présidez en outre le comité de sélection du Prix des avocats allemands au sein du barreau de Paris. Ce prix est décerné depuis 2004 pour honorer des mérites particuliers dans le domaine des relations juridiques franco-allemandes.

Vous êtes par ailleurs l'auteur de nombreux essais sur les droits franco-allemand et européen des sociétés. Et vous avez été nommé au grade de chevalier dans l'Ordre national du Mérite.

J'aimerais souligner qu'avec Maître Beltz, vous avez co-organisé la venue à Paris, en février 2020, de l'ancien président de la Cour constitutionnelle fédérale, le professeur Voßkuhle, pour un débat avec le président du Conseil constitutionnel Laurent Fabius.

Cher Maître Roth, c'est vrai pour vous aussi : Votre parcours professionnel illustre remarquablement votre inlassable implication pour familiariser les jeunes juristes français et allemands avec le système juridique de l'autre pays. Cet engagement mérite notre plus grande reconnaissance.

Adresse conjointe à Maîtres Beltz et Roth :

Votre action de longue date au service des relations franco-allemandes est extrêmement précieuse en ce qu'elle se traduit immédiatement par des bénéfices concrets en termes de compréhension mutuelle entre nos deux pays dans le domaine juridique.

Les séminaires que vous avez co-fondés et dont vous assurez le suivi aident à surmonter les divergences entre les formations pratiques aux métiers du droit en Allemagne (stage de formation pratique, le « Referendariat » pour tous les futurs professionnels) et en France (formation distincte pour les juges, les avocats, etc.).

Cela favorise la compréhension et la confiance dans le système de l'autre pays. Et ces deux éléments ont à leur tour un impact positif sur l'étroit maillage des relations économiques franco-allemandes.

Cela montre aussi que le droit n'est pas et ne saurait être quelque chose qui nous sépare. Au contraire : Ce qui fait de nous, Allemand et Français, des Européens et nous unit, c'est notre foi dans la force du droit et dans son importance capitale pour notre civilisation européenne.

Cher Maître Beltz, cher Maître Roth, je vous remercie très sincèrement pour votre dévouement en tous points remarquable.

J'ai à présent l'honneur de remettre à chacun de vous, au nom du président fédéral, la Croix de l'Ordre du Mérite de la République fédérale d'Allemagne. Toutes mes félicitations !

Discours de remerciement de Maître Karl H. Beltz¹⁶

Je vous remercie, Monsieur l'Ambassadeur, pour votre accueil dans ces lieux prestigieux historiques et vos propos chaleureux à mon égard. Je suis en effet très ému de recevoir aujourd'hui avec Christian Roth la plus haute distinction de la République Fédérale d'Allemagne que Monsieur le Président fédéral a bien voulu nous décerner.

Lorsque la Commission franco-allemande du Barreau de Paris a été créée en 2008, je suis devenu l'un de ses premiers adhérents. La formation continue était dès le départ l'ADN de notre commission, comme celle d'ailleurs de nos amis du Deutscher AnwaltVerein et de l'Association des Juristes Français et Allemands, dont les Présidentes et Présidents nous font l'honneur, ce soir, d'être parmi nous.

L'une des principales activités de notre commission est de créer de l'intérêt pour le pays voisin, ses institutions et ses particularités politiques et juridiques. Le droit comparé est, de ce fait, au cœur de nos préoccupations.

Je suis profondément convaincu que l'amitié franco-allemande implique pour nous deux choses importantes, deux faces d'une même médaille :

- D'abord, la volonté individuelle de chacun de vouloir comprendre le pays voisin, son système et ses particularités par rapport à ses propres connaissances et expériences.
- Ensuite, le plaisir et la volonté d'expliquer, de partager et de transmettre aux personnes intéressées, les faits et réalités de son propre pays.

C'est dans ce sens que j'ai donné une introduction au droit constitutionnel allemand pendant plusieurs années aux facultés de droit de Nanterre et de Sceaux car je pense qu'il est indispensable de connaître quelques notions de base de la Loi fondamentale pour comprendre l'Allemagne et son système fédéral.

Ces deux aspects, comprendre moi-même la France et transmettre mes connaissances sur mon pays d'origine, m'ont toujours tenu particulièrement à cœur.

Je me souviens avec fierté de mes premières rencontres avec des avocats parisiens lorsque j'ai eu, en 1982, la possibilité de participer comme jeune référendaire allemand, à un séjour d'initiation au droit français à Paris, suivi d'un stage de trois mois au cabinet de Maître Talon, quai de la Mégisserie.

¹⁶ Les salutations d'entrée ne sont pas reproduites.

C'est grâce à l'initiative de M. le Bâtonnier Sicard que l'Ordre des Avocats de Paris a signé, en 2017, une déclaration d'intention avec le ministère de la Justice du Land de Rhénanie de Nord-Westphalie afin de permettre aux élèves-avocats de notre École de Formation du Barreau de profiter également d'un séjour d'initiation au droit allemand à Düsseldorf.

Après une suspension d'un an et demi à cause de la crise COVID-19, un groupe de référendaires allemands a pu venir à nouveau à Paris au début du mois d'octobre de cette année et deux semaines plus tard, j'ai eu le plaisir d'accompagner un groupe de 11 élèves-avocats de l'EFB à Düsseldorf pour le 5^{ème} Séminaire d'Allemagne où ils ont pu palper la réalité de l'amitié franco-allemande.

J'appelle de mes vœux que ces échanges fructueux entre nos deux pays soient pérennisés car les futurs professionnels français et allemands seront avant tout des professionnels européens.

Je vous remercie.

Discours de remerciement de Maître Christian Roth¹⁷

Comme certains le savent, je suis un homme natif des contrées frontalières. La « frontière » a souvent signifié dans l'Histoire la confrontation, la conquête, la prise de l'un sur l'autre. Mais la frontière est aussi le lieu du brassage des cultures, de la mixité des langues et du partage. [...]

Mon confrère et ami Karl Beltz a évoqué avec précision et professionnalisme ce qui nous vaut aujourd'hui, à tous les deux, d'être distingués par le Président de la République fédérale, Monsieur Frank-Walter Steinmeier.

Je voudrais très rapidement retracer la genèse de ce travail.

Le rapprochement, l'harmonisation, la formation commune, l'exercice professionnel mutuellement reconnu, bref tout ce qui constitue le maillage de la relation franco-allemande, trouve sa source et son expression dans ce qui jadis s'appelait la Communauté Economique Européenne (*die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft* – EWG), aujourd'hui l'Union Européenne.

Le lien particulier qui nous attache, Allemands et Français, s'est forgé, au fil des années, dans la construction européenne.

¹⁷ Les salutations d'entrée ne sont pas reproduites. Le discours a été légèrement raccourci.

Les réglementations uniformes, les directives qui nous encadrent, les programmes qui nous inspirent, sont le fruit d'une volonté de réaliser des politiques communes.

La plus célèbre d'entre elles, la Politique Agricole Commune – PAC -a permis à la France d'être une puissance agro-alimentaire inégalée.

Une autre non moins essentielle, la politique de libre-concurrence, a permis à l'Allemagne d'être une puissance technique et industrielle sans équivalent.

J'ai formé pendant 18 ans à la Sorbonne, au Centre d'Études des Communautés Européennes – fondé par le professeur Paul-Henri Teigen -, des générations d'étudiants du 3^{ème} cycle (le Master 2 d'aujourd'hui) en leur enseignant les arcanes de la PAC avec ses organisations communes de marché des produits laitiers, du sucre, de la viande bovine, des produits viticoles, ou encore des céréales :

- Saviez-vous que les fondements de l'amitié franco-allemande se trouvaient, pour fixer le prix de référence du blé, dans le prix du marché du blé situé à Duisbourg ?
- Saviez-vous que pour déguster le Kir (ce cocktail de vin blanc sec et de sirop alcoolisé appelé Cassis de Dijon) la chaîne allemande de supermarchés REWE – semblable aux LECLERC et autres CARREFOUR familiers du paysage français – dut faire appel aux principes fondamentaux européens de libre circulation des marchandises, tout ceci pour que le consommateur allemand ne subisse pas une surtaxe injustifiée le privant de cette « Delikatess » française qu'est le Kir !

Pendant toutes ces années, comme avocat à Paris, je partais frayer les couloirs de la Commission européenne à Bruxelles pour défendre la Brasserie du Pêcheur (Fischer Brauerei, auf gut Deutsch) de Strasbourg.

- Saviez-vous que l'Allemagne avait érigé en « exception nationale » un édit royal bavarois datant de l'année 1516, baptisé « Reinheitsgebot » ou « loi de pureté », codifiant le processus de fabrication de la bière, tout ceci pour protéger à titre exclusif cette boisson appelée bière.

La bataille faisait rage à Bruxelles, la Bild-Zeitung allant jusqu'à titrer en grandes manchettes que « Ausländisches Bier macht impotent ». Traduction pour ceux ou celles qui n'entendent pas l'allemand : « La bière étrangère rend impuissante ». Elle visait sans les nommer les brasseurs français... La Cour de Justice de l'Union Européenne a finalement permis à la parole européenne de vaincre « l'exception natio-

nale » allemande et de donner raison à l'amitié franco-allemande, réunie désormais autour d'une même bière, brassée selon des méthodes mutuellement reconnues !

C'est aussi en qualité de Président de l'Union des Avocats Européens (*Europäischer Anwaltsverein*) que j'ai pu faire connaître à des avocats, dont la dimension « internationale » n'était pas acquise, la profondeur des liens franco-allemands : en invitant les avocats français à découvrir Dresde et ses merveilles baroques, tandis que je faisais découvrir aux avocats allemands, non pas Monaco où la Côte d'Azur mais Marseille et sa bouillabaisse !

Où en sommes-nous aujourd'hui ?

La sortie à présent achevée de la Grande-Bretagne doit nous redonner, à nous juristes, la force et le courage de remettre au centre de la table la limpidité de notre culture juridique romano-germanique. Notre lien juridique à nous – Allemands et Français – se trouve dans le schéma du Code Civil, qu'il s'appelle ainsi, ou encore *Bürgerliches Gesetzbuch* – BGB -.

La limpidité de ce schéma doit imprégner, pour autant que cela soit de nouveau nécessaire, les règles de la maison commune.

Le Traité de Lisbonne du 13 décembre 2007, qui a procédé à la réunion et à la refonte de tous les traités européens préexistants, consacre l'Europe de Justice et des Droits Fondamentaux.

La culture commune des juristes allemands et français leur permet d'être les bâtisseurs de cette Europe de Justice et des Droits Fondamentaux.

C'est le sens des travaux que nous menons inlassablement au sein du Barreau de Paris pour qu'au-delà des changements politiques, soit assurée la pérennité d'un objectif qui est celui de la construction d'un espace de justice commun.

La Commission franco-allemande du Barreau de Paris, dont j'assume la présidence, avait été précédée par une Commission Europe dont la création et la présidence m'avait été confiée en 1998 par Madame de la Garanderie, première femme Bâtonnier à Paris.

L'année suivante, le bâtonnier Bernard Vatier, instigateur du Prix des Avocats Allemands avec Prof. Dr. Hans-Jürgen Hellwig, à l'époque président du Deutscher AnwaltVerein, me confia la mise en œuvre de ce prix. Ce prix existe toujours, Karl vient d'en parler, infatigable animateur de ce trophée juridique franco-allemand, dont il fut lui-même récipiendaire en 2008.

Ce qui s'est passé est symptomatique de ce que je viens de vous esquisser : la Commission Europe disparut pour devenir la Commission franco-allemande !

Europe et couple franco-allemand vont de pair !!

J'avais écrit ceci, je dois vous l'avouer, avant que je n'entende le Président Emmanuel Macron dire à la Chancelière Madame Angela Merkel que « l'Europe ne peut avancer si l'Allemagne et la France ne sont pas d'accord ». Propos tenu le 3 novembre dernier lors de la visite d'adieux à la France de la Chancelière Madame Merkel.

Il existe depuis au Barreau de Paris une Commission plus « technique » : « Droit de l'Union Européenne et des Droits Fondamentaux », initiée par M. Laurent Pettiti, aujourd'hui Président de la Délégation des Barreaux de France à Bruxelles et siégeant dans les mêmes bureaux que le Deutscher AnwaltVerein !

Monsieur l'Ambassadeur, Cher Dr. Lucas, je vous avais prévenu : les avocats sont des gens du verbe.

Il est à présent temps pour moi de conclure.

J'aimerais le faire en évoquant des sujets particulièrement signifiants pour moi en ce jour.

Je l'ai dit précédemment, je suis un homme non pas des « frontières », mais de la « transfrontalité ». Comme vous le savez, je suis Français, en partie d'origine allemande, en partie originaire d'Alsace, vieille terre alémanique, néanmoins française.

Je voudrais exprimer ici publiquement mes remerciements à l'exemplarité démocratique que diffuse l'Allemagne fédérale – et dont vous êtes l'éminent représentant dans votre fonction d'Ambassadeur.

J'en bénéficie, au titre du *Bundesverdienstkreuz* que vous me remettiez ce soir, après deux générations qui m'ont précédées, celle de ma grand-mère paternelle ainsi que de ma propre mère.

Quelques mots sur ma grand-mère : Gretel Schneider, exilée et apatride de 1933 à 1945, vivant clandestinement dans la France occupée de 1940 à 1944. Au lendemain de la reconstruction allemande menée de concert avec son mari Ernst Philipp Roth, redevenu député social-démocrate au nouveau Bundestag et Landrat der Pfalz (préfet du Palatinat), ma grand-mère initia, ensemble avec son frère – rescapé de Dachau –, les premiers jumelages franco-allemands des villes et cités des deux pays. Sa cité de Neckargemünd (pas loin de Heidelberg), dont elle fut bourgmestre adjoint, fut jumelée dès 1966 avec la ville d'Évian-les-Bains. Son œuvre franco-allemande fut reconnue par l'attribution du *Bundesverdienstkreuz* le 11 avril 1974.

Ma mère, Marie-Louise Zimmermann, Alsacienne, déportée à l'âge de 16 ans, de 1942 à 1945, avec sa famille dans un SS-Abfertigungslager situé dans le Wurtemberg. Cela ne l'a pas empêché, animée par l'amour de la langue et de la littérature germanique, de former, en

qualité de Professeur agrégé des Universités, d'innombrables générations d'étudiants français au sein de la Section Française de l'Universität des Saarlandes. Son œuvre franco-allemande fut également reconnue par l'attribution du *Bundesverdienstkreuz* le 2 septembre 2001.

Son mari pendant ce temps là – mon père Ernest Roth – forgeait à Bruxelles la Direction du Service Juridique du Conseil de Ministres de la Communauté Européenne.

Autant j'ai été surpris d'apprendre que j'allais recevoir cette distinction, je suis en vérité extrêmement ému, Monsieur l'Ambassadeur, mes Chers Amis, d'être la troisième génération, après ma mère et ma grand-mère, à recevoir cette distinction, le *Bundesverdienstkreuz*.

Et de plus pour les mêmes raisons !

L'époque de la réconciliation est révolue – C'était ma grand-mère.

L'époque de la compréhension et de la reconnaissance mutuelle est achevée – C'était ma mère.

À présent et je finirai là-dessus, s'ouvre l'époque des projets communs pour aboutir aux œuvres communes.

Pour nous – et je parle au nom de mes nombreux confrères franco-allemands réunis ce soir – c'est notre réalité de tous les jours.

Nous sommes fiers de rêver ensemble et d'imaginer l'existence d'un futur Barreau franco-allemand qui coaliserait toutes celles et ceux qui pratiquent les échanges juridiques entre nos deux pays.

Je remercie ainsi la République fédérale d'Allemagne de me distinguer.



© JSS

Maître Beltz, Maître Roth avec Monsieur l'Ambassadeur Dr. Hans-Dieter Lucas

■ Im Gespräch

Christian Roth, Avocat aux Barreaux de Paris et Bruxelles, Paris



Monsieur l'Ambassadeur
Dr. Hans-Dieter Lucas et
Maître Christian Roth

Plus haut dans cette édition, nous avons eu le plaisir de nous faire l'écho de la remise de la Croix de l'Ordre fédéral du mérite à Christian Roth. Nous profitons de ce récent événement pour nous entretenir avec cet avocat qui, depuis des années, œuvre infatigablement pour la formation des jeunes juristes et avocats. Christian Roth succède ainsi dans ces colonnes, parmi beaucoup d'autres, à son co-récipiendaire de la haute décoration allemande, Karl H. Beltz.

Christian Roth est Avocat aux Barreaux de Paris et Bruxelles. Il est fondateur et président d'honneur de l'Union des avocats européens (UAE), président de la Commission franco-allemande du Barreau de Paris, vice-président de l'Institut Français des Experts juridiques Internationaux (IFEJI) et président du Cercle des Juristes Alsaciens et Lorrains. Il exerce au sein du cabinet Roth Partners particulièrement en droit commercial et des sociétés.

Dans quelles circonstances avez-vous commencé à vous intéresser au droit allemand ?

J'ai effectué mes premières études non pas en droit allemand, mais en langue et littérature allemande. Klopstock, Lessing, les grands classiques Goethe et Schiller, et plus près de nous les frères Mann (Heinrich et Thomas), Musil, Hofmannstal et enfin mes contemporains, Grass, Böll, Gläser, Handke, Wolf. Enzensberger n'était pas encore au programme !

Faisant ces études à l'Université de la Sarre, j'ai eu connaissance de l'existence du Centre Juridique Franco-Allemand, qui était à l'époque dirigé par le Professeur Charles Zorgbibe, plutôt internationaliste que germaniste. C'est ainsi que des cours en droit civil allemand étaient proposés dans le cadre de ce cursus, que j'ai ensuite poursuivi à Strasbourg.

Plus tard, alors que l'exercice du droit communautaire avait pris le dessus sur l'exercice des relations juridiques franco-allemandes, je suis revenu au droit allemand par le droit communautaire. C'est notamment à l'occasion d'un dossier de mesures d'effet équivalent à des restrictions quantitatives se déroulant devant les juridictions françaises que nous avons soutenu, ma maître de stage et plus tard associée Lise Funck-Brentano, et moi le principe de proportionnalité issu du droit allemand, pour le voir transposé en droit français. Une grande première au début des années 80 !

Quelles différences ayant des incidences sur votre propre vie professionnelle relevez-vous particulièrement entre les pratiques juridiques en France et en Allemagne ?

Je vois une très grande différence dans la formation, qui impacte beaucoup sur les recrutements que nous effectuons au stade des stages.

Le juriste français doit très vite, et très tôt, « choisir » : entreprise, barreau, notariat, administration, magistrature. Pour chaque voie, il y a une école spécifique qui vient après le Master.

Le juriste allemand reçoit une formation plus « universelle », qui lui permet d’apprécier son libre-choix.

Cette différence dans la formation entraîne de fortes conséquences sur les recrutements dans le cadre des stages. Le *Referendar* sera souvent dans une position de préférence par rapport à un juriste diplômé d’un Master.

Selon vous, quels sont les métiers les plus adaptés à des juristes ayant des connaissances en droit français et en droit allemand ?

Tous les métiers du droit sont accessibles à des juristes ayant des connaissances dans les deux systèmes juridiques. C’est même un bonus que d’imaginer qu’une entreprise ou un cabinet d’avocats ou une juridiction puisse bénéficier de la compétence de quelqu’un ayant une ouverture sur les deux systèmes.

Quelles sont les recommandations que vous pourriez donner d’une façon générale à des jeunes juristes ?

Le premier conseil est, lorsqu’on souhaite exercer dans l’environnement transfrontalier, de maîtriser, autant que possible à perfection, a minima trois langues, dont l’anglais.

Le second est de ne pas rechercher trop tôt la « spécialisation ». La formation dans un Cabinet d’avocats généraliste est très instructive, car elle permet de voir tous types de problèmes avec tous types de clientèle, et où la mission sera plutôt de régler la difficulté, plutôt que de « gagner » en droit.

Le troisième est d’embrasser le métier de juriste comme un sacerdoce : ne jamais avoir l’impression d’en être lassé.

■ Recht verständlich

Ein SPAC kam nach Europa – eine kurze Beschreibung

von Alexander Olliges, Luxemburg

Hintergrund

In den USA gab es vor allem in den Jahren 2019 und 2020, und in etwas geringerem Maße 2021, eine Flut von Börsenzulassungen von sog. “SPAC” (*Special Purpose Acquisition Companies*), wohingegen es in Europa erst Ende 2020 zum ersten Börsengang eines SPAC der 2000er

Jahre kam durch den erfolgreichen Börsengang von 2MX Organic an Euronext in Paris¹. Es folgte im März 2021 der Börsengang von Lakestar SPAC 1 SE² in Frankfurt und parallel der Börsengang der European Fin-Tech IPO Company 1 B.V. in Amsterdam. Ein SPAC ist ein hochkomplexes Finanzvehikel mit einigen immer wiederkehrenden Eigenschaften.

Im folgenden Artikel soll auf einige typischen und gemeinsamen Strukturmerkmale dieser Art von Gesellschaften eingegangen werden, unter besonderer Berücksichtigung der in Frankreich und Deutschland börsennotierten SPACs; eine ausführliche Beschreibung würde allerdings diesen Rahmen sprengen³.

Begriff

Ein SPAC ist ein Börsenmantel, d.h. eine Gesellschaft, die zum Zweck des Erwerbs einer Zielgesellschaft in einem im Prospekt bestimmten Marktsegment gegründet wurde, und deren Aktien an der Börse zum Handel zugelassen werden.

Gesellschaftsform

Ein SPAC wird üblicherweise als Kapitalgesellschaft gegründet (z.B. holländische BV, französische SA, luxemburgische SE).

Kapitalstruktur

Das Kapital eines SPAC besteht aus üblicherweise zwei Kategorien von Aktien: Aktien, die an der Börse gehandelt werden und Aktien, die von den Initiatoren gehalten werden, aber nicht börsennotiert sind. Unter bestimmten Bedingungen wandeln die Letzteren sich in die erste Kategorie (typischerweise Bedingungen wie der Unternehmenszusammenschluss (siehe dazu weiter unten), oder das Überschreiten einer gewissen Marktkapitalisierung (beispielsweise den gewichteten durchschnittlichen Börsenkurs in einer gewissen Höhe). Der Anteil der von den Initiatoren gehaltenen Aktien beträgt in Europäischen SPACs üblicherweise 20% des Gesamtkapitals.

Daneben werden zu einem gewissen Bruchteil der Aktien (z.B. 1 Optionsschein auf 3 Aktien) selbständige Optionsscheine mit den Aktien als "Units" ausgegeben. Die Ausgabe selbständiger Optionsscheine ist bei deutschen Kapitalgesellschaften nach h.M. nicht zulässig, wobei es im luxemburgerischen oder französischen Gesellschaftsrecht eine derartige Einschränkung nicht gibt⁴. Die Optionsscheine werden erst nach Börsengang für börsennotierte Aktien ausübbar. Die Initiatoren erhalten ebenfalls selbständige Optionsscheine, die zu gleichen oder ähnlichen Bedingungen genutzt werden können. Diese (mit den Aktien der

¹ <https://www.2mxorganic.com/>.

² <https://deutsche-boerse.com/dbg-en/media/press-releases/Lakestar-SPAC-I-SE-listed-on-the-Regulated-Market-in-Frankfurt-since-today-2451570>: Zulassung einer Luxemburger Gesellschaft an der Frankfurter Wertpapierbörse.

³ Für eine ausführliche Analyse verweise ich beispielsweise auf den Betriebsberater 3/2021, Seite 186, "Deutsche" SPAC unter gesellschafts- und aufsichtsrechtlichen Aspekten.

⁴ Diese Einschränkungen unter deutschem Recht haben dazu geführt, dass in Frankfurt börsennotierte SPAC Luxemburger Gesellschaften sind.

Sponsor/Initiator

Initiatoren) werden als Gegenleistung für das sog. Risikokapital ausgegeben, d.h. die Summe, die die Initiatoren für die Bewirtschaftung der Gesellschaft vorab aufbringen und dem SPAC zur Verfügung stellen.

Zu einem SPAC gehört das Sponsorenteam (die Initiatoren). In Europäischen SPACs ist bislang üblich, dass Sponsoren entweder sog. "Industriekapitäne" (wie beispielsweise Gisbert Rühl, ehemals Vorstandsvorsitzender von Klöckner & Co., für einen in Deutschland börsennotierten SPAC, oder Xavier Niel, Gründer von Illiad, für einen in Frankreich notierten SPAC, um nur zwei Beispiele zu nennen) und Unternehmen oder Investmentgesellschaften, die im Bereich der Venture Capital Finanzierung aktiv sind. Dies ist ein deutlicher Unterschied zu den USA, wo die Sponsoren eine viel größere Bandbreite an Unternehmen und Persönlichkeiten abbilden (von renommierten Finanzunternehmen bis zu berühmten Sportlern). Die Initiatoren tragen alle Kosten des SPAC bis zum Unternehmenszusammenschluss (Kosten des Börsenganges, Unternehmenszusammenschluss, laufende Kosten, Gehälter und Negativzinsen).

Börsengang

Der Börsengang des SPAC findet in Frankreich und Deutschland nicht im Wege eines öffentlichen Angebotes, sondern als Privatplatzierung über eine Investmentbank statt, begleitet von einem Zulassungssprospekt. Die Aktien und Optionsscheine werden als "Units" für einen Preis von EUR 10 platziert. Üblicherweise sind die Aktien und Optionsscheine für eine begrenzte Zeit nicht separat handelbar und der Handel mit Optionsscheinen bleibt auf professionelle Anleger beschränkt.

Treuhandkonto

Der Erlös des Börsengangs wird auf einem separaten Treuhandkonto hinterlegt und steht dem SPAC nicht zur Verfügung. Im Moment des Unternehmenszusammenschlusses wird vom Treuhandkonto (i) den austretenden Gesellschaftern die Kapitalrückerstattung geleistet, und (ii) geht der verbleibende Betrag an das dann entstehende Unternehmen. Im Falle der Abwicklung steht das Geld ausschließlich den Haltern börsennotierter Aktien zur Rückerstattung ihrer Einlage zu, nicht den Initiatoren.

Börse und Aufsichtsbehörden

Die Aufsichtsbehörden in mehreren Europäischen Ländern haben inzwischen die Börsengänge von SPACs geprüft und zugelassen. Insbesondere die AMF hat sich frühzeitig positioniert⁵, auch die CSSF (die Luxemburger Finanzaufsichtsbehörde) hat frühzeitig einige Prospekte freigegeben. ESMA⁶ hat im June 2021 Hinweise zum Investorenschutz und zur Offenlegung veröffentlicht und sich eine weitere Prüfung vorbehalten. Daneben haben die Börsenplätze ihr Angebot angepasst:

⁵ Siehe vor allem <https://www.amf-france.org/en/news-publications/publications/reports-research-and-analysis/spacs-opportunities-and-risks-new-way-going-public>.

⁶ <https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/esma-publishes-disclosure-and-investor-protection-guidance-spacs>.

**Unternehmens-
zusammenschluss**

Die deutsche Wertpapierbörse in Frankfurt beispielsweise hat mehrere SPACs zugelassen und bietet gesondert Information für Anleger zu dem Segment an⁷. Auch die Luxemburger Börse hat eine gesonderte Richtlinie veröffentlicht.⁸ SPACs sind inzwischen auch in der Schweiz, Norwegen und Stockholm gelistet.

Die Geschäftsführung des SPAC legt der Hauptversammlung der Aktionäre den Vorschlag des Zusammenschlusses mit einer Zielgesellschaft vor. Nur bei Zustimmung der Hauptversammlung kann der Unternehmenszusammenschluss vollzogen werden.

Austrittsrecht

Die Aktionäre des SPAC haben das Recht, ihre Aktien im Rahmen der Hauptversammlung zum Unternehmenszusammenschluss an den SPAC zurück zu übertragen und dafür ihre Kapitaleinlage zurückzuerhalten (in manchen Fällen mit Aufpreis). In den USA ist zurzeit eine Quote von über 60 Prozent die Regel, während die Europäischen SPACs bislang deutlich geringere Quoten vorweisen.

Abwicklung

Insofern der SPAC innerhalb von 18-24 Monaten (die Laufzeit, die im Prospekt vorgesehen wurde) keinen Unternehmenszusammenschluss vollzieht, muss er abgewickelt werden. Im Rahmen der Abwicklung erhält jeder Investor den ursprünglichen Zeichnungspreis zurück. Alle Kosten tragen die Initiatoren.

Fazit

Frappierend ist am Beispiel der SPACs wieder einmal das Gefälle zwischen dem europäischen und dem amerikanischen Kapitalmarkt festzustellen: Während in Europa ca. 30 SPACs im Jahr 2021 an die Börse gingen, wurden in den USA alleine im 4. Quartal 2021 149 neue SPACs zugelassen.

Der Börsengang über einen Unternehmenszusammenschluss mit einem SPAC kann als Alternative zu traditionellen Börsengängen gesehen werden und hat insofern auch sicher die Kapitalmärkte in Europa neu animiert. Einschränkend dazu muss aber erwähnt werden, dass die SPACs selbst hoch komplexe Finanzprodukte bleiben, die nicht uneingeschränkt für Privatinvestoren geeignet sind; es bleibt abzuwarten, ob sie sich dauerhaft als Alternativen etablieren können.

Der eigentliche Erfolg der SPACs wird aber maßgeblich an der (Wert)Entwicklung ihrer Zielgesellschaften gemessen werden, und mit nur zwei bislang durchgeführten Unternehmenszusammenschlüssen ist an dieser Stelle für ein Fazit noch zu früh.

⁷ <https://www.deutsche-boerse-cash-market.com/dbcm-de/primary-market/going-public/spac>.

⁸ <https://www.bourse.lu/listing-spacs-at-luxse>.



Alexander Olliges ist Partner im Gesellschaftsrecht und Private Equity bei der Kanzlei Arendt & Medernach in Luxemburg. Er berät insbesondere Mandanten in den Bereichen Private Equity und Venture Capital und bei der Strukturierung von komplexen internationalen Transaktionen.

Alexander Olliges hat den deutsch-französischen Studiengang in Saarbrücken absolviert und ist deutscher Volljurist. Er hat eine „Maîtrise en droit“ an der Universität Montesquieu- Bordeaux IV (Frankreich) erlangt.

■ Lesenswertes



Auch in dieser Ausgabe freuen wir uns, Ihnen nachfolgend mehrere Rezensionen vorzustellen, die uns das Team der deutsch-französischen juristischen Datenbank BIJUS der Universität des Saarlandes zur Verfügung gestellt hat. Monographien, Fachbuchbeiträge oder Zeitschriftenartikel mit deutsch-französischem Bezug, die unsere Mitglieder veröffentlicht haben, können gern in die Datenbank eingepflegt werden. Meldungen werden über unser Sekretariat an jeith@uni-mainz.de erbeten.

Literaturhinweise BIJUS

par Dr. Maria Kordeva, Strasbourg/Sarrebruck

Aurore Gaillet, La Cour constitutionnelle fédérale allemande. Reconstruire une démocratie par le droit (1945-1961), préface de Dieter Grimm et Michael Stolleis, Mémoire du droit, 2021, 550 p.

La Cour constitutionnelle fédérale d'Allemagne est devenue l'une des institutions les plus influentes en Europe, voire dans le monde. Pour comprendre la construction de cette institution née des cendres de l'Allemagne d'après-guerre, il faut remonter aux origines de sa création, à la volonté d'associer l'ancienne tradition de limitation du pouvoir par le droit et la réédification démocratique de l'Allemagne. C'est cette histoire que nous raconte Aurore Gaillet, en abordant les aspects juridiques, politiques et intellectuels du *Bundesverfassungsgericht* en rendant accessible pour le public français non-germanophone les étapes importantes de la construction de cette institution.

Prévue par la Loi fondamentale de 1949 et installée à Karlsruhe en 1951, la Cour constitutionnelle fédérale allemande est devenue l'in-

contournable acteur du paysage juridictionnel européen. Il faut observer, à côté de la construction institutionnelle, la manière dont la Cour s'est-elle-même inscrite dans un processus dynamique d'affirmation de son autorité. Grâce à la connaissance de l'histoire et de l'univers juridique allemands, l'auteur livre un texte qui facilitera sans conteste la compréhension de la culture juridique allemande et permettra une réflexion globale sur la justice constitutionnelle

Maria Kordeva, *Chronique Allemagne, Annuaire international de justice constitutionnelle*, vol. 35, 2021, *Economica/Presses universitaires d'Aix-Marseille*, pp. 817-839.

La contribution annuelle à l'Annuaire international de justice constitutionnelle couvre l'actualité de la vie institutionnelle de la Cour constitutionnelle fédérale d'Allemagne, ainsi que l'actualité jurisprudentielle pour l'année 2020.

L'année 2020 a sonné l'heure du départ de deux juges remarquables : Johannes Masing, juge élu par le *Bundesrat* et officiant depuis 2008 au sein de la Première chambre, qui a quitté ses fonctions le 10 juillet 2020 et Andreas Voßkuhle, juge également élu par le *Bundesrat*, président de la Seconde chambre et de la Cour constitutionnelle fédérale depuis 2010 en devenant, à 46 ans, le plus jeune président de l'institution. Ayant préparé environ 40 jugements en tant que rapporteur, Voßkuhle a exercé une influence décisive dans une série de décisions emblématiques. Le 5 mai 2020, il prononce le jugement PSPP qui clôt de manière logique la danse de Karlsruhe, qualifiée souvent d'eurosceptique, entamée en juin 2009 par la décision portant sur le Traité de Lisbonne. Une femme prend sa place : Astrid Wallrabenstein, élue à l'unanimité par le *Bundesrat* le 15 mai 2020, professeur de droit public à l'Université Johann Wolfgang Goethe de Francfort-sur-le-Main. Une femme succède également à Johannes Masing : Ines Härstel, la première juge à la Cour aux origines est-allemandes, professeur de droit public à l'Université Viadrina à Francfort-sur-l'Oder, élue par le *Bundesrat* le 3 juillet 2020. Le grand changement est la succession d'Andreas Voßkuhle à la présidence de la Cour : depuis le mois de juillet 2020, c'est Stephan Harbarth, président de la Première chambre, cible de critiques en raison de ses filiations avec le monde politique, qui assure cette fonction.

Parmi les décisions de la Cour qui ont marqué le paysage jurisprudentiel : l'interdiction de port du voile islamique pour les magistrats stagiaires (décision de la Seconde chambre du 14 janvier 2020, 2 BvR 1333/17, Rn. 1-26), l'exercice ultime de la liberté personnelle ou le droit à une mort autodéterminée (décision de la Seconde chambre du 26 février 2020, 2 BvR 2347/15, 2 BvR 2527/16, 2 BvR 2354/16, 2 BvR

1593/16, 2 BvR 1261/16, 2 BvR 651/16), le jugement PSPP ou Karlsruhe contre Francfort (décision de la Seconde chambre du 5 mai 2020, 2 BvR 859/15-, Rn. 1-237), le jugement mettant en jeu la Charte des droits fondamentaux de l'Union européenne et le catalogue des droits fondamentaux de la Loi fondamentale (décision de la Seconde chambre du 1^{er} décembre 2020, 2 BvR 1845/18, Rn. 1-85), et, enfin une série de décisions concernant les mesures prises par les autorités publiques en vue d'endiguer la pandémie de Covid-19.

■ Neue Perspektiven



Matray, Matray & Hallet
Société civile d'avocats – s.c.
Lüttich, Brüssel, Paris, Köln, Antwerpen

Die 29 Rechtsanwälte umfassende internationale Anwaltssozietät MATRAY, MATRAY & HALLET S.C., mit Hauptsitz in Lüttich, ist verteilt über fünf Standorte in Belgien, Deutschland und Frankreich. Unsere Mandantschaft setzt sich schwerpunktmäßig aus Unternehmen zusammen, wir beraten und vertreten jedoch auch Privatpersonen, öffentliche Körperschaften und öffentliche Unternehmen.

Unser mehrsprachiges Team ist in nahezu allen Rechtsgebieten tätig, insbesondere im Gesellschafts-, Wirtschafts-, Vertriebs- und Arbeitsrecht sowie im Zivil- und Verwaltungsrecht und begleitet die Mandanten sowohl bei inländischen als auch internationalen Transaktionen und Gerichts- oder Schiedsverfahren. Juristische Kompetenz, persönliche Beratung mit Augenmaß und Verständnis für die wirtschaftlichen und technischen Zusammenhänge bilden die Grundlage unserer Tätigkeit.

Zur Verstärkung unseres aus fünf Rechtsanwälten bestehenden deutschsprachigen Teams (German Desk) suchen wir für unseren Standort Köln/Lüttich zum nächstmöglichen Eintritt eine(n) engagierte(n)

Rechtsanwalt / Rechtsanwältin

Berufserfahrung als deutsche(r) Rechtsanwalt(in) ist nicht zwingend erforderlich. Sie haben gehobene Examensnoten und sind mindestens zweisprachig (D/F), wobei weitere Sprachkenntnisse (Niederländisch, Englisch und/oder weitere Sprachen) von Vorteil sind.

Wir bieten leistungsgerechte Vergütung mit klarer beruflicher Perspektive und der Möglichkeit, eigene Schwerpunkte und Akzente zu setzen.

Sie sind interessiert und in der Lage nach entsprechender Einarbeitung selbstständig die Ihnen anvertrauten Akten zu bearbeiten? Dann freuen wir uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung mit den vollständigen Unterlagen.

MATRAY, MATRAY & HALLET S.C.
z.Hd. Herrn Dr. Jan-Henning STRUNZ
Rechtsanwalt/Avocat
Rue des Fories, 2 - B-4020 LÜTTICH (BELGIEN)
Tel.: +32/4-252.70.68 - Fax: +32/4-252.08.57
Email: matray.hallet@matrav.be